

Der Politiker Wilhelm Külz

Im Gegensatz zu ihren westlichen Alliierten, die sich nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft einem sofortigen Wiederaufbau des politischen Lebens in Deutschland gegenüber zurückhaltend verhielten, gestattete die Sowjetunion bereits fünf Tage nach der Errichtung des Alliierten Kontrollrates die Gründung „antifaschistisch-demokratischer“ Parteien. Diese rasche Einbeziehung des vom NS-Regime nicht belasteten deutschen politischen Potentials in die Wiederaufbauarbeit, die geeignet schien, nicht nur der Sowjetunion Sympathien zu erwerben, sondern auch einen dem Neuanfang förderlichen Konsens zwischen Besatzungsmacht und Besetzten zu stiften, war durch die von Stalin öffentlich verkündete Trennung zwischen Hitler und dem „deutschen Volk“ legitimiert. Sie beruhte ideologisch auf dem Klassenkampf-Theorem des Marxismus Stalinscher Prägung, demzufolge die Herrschaft Hitlers als „Faschismus“ ein Produkt des „Imperialismus“ bildete, Ergebnis eines hoffnungslosen, wenn auch erbitterten Bemühens der deutschen „Bourgeoisie“, den Sieg des Sozialismus – und damit der „Arbeiterklasse“ – zu verhindern. De facto wurde damit ein Versuch unternommen, die künftige politische Struktur Nachkriegsdeutschlands vorzubestimmen. Die in der SBZ gegründeten Parteien besaßen gegenüber den deutschen politischen Kräften der anderen Besatzungszonen einen erheblichen Entwicklungsvorsprung und damit ein hohes Organisationsniveau, woraus sich ein Führungsanspruch ableiten ließ, der auch durch den Sitz der Parteiführungen in der alten „Reichshauptstadt“ Berlin dokumentiert wurde. Dies korrespondierte mit den Deutschlandplänen der Sowjetunion, die eine gesamtdeutsche zentralistische Neuordnung Deutschlands anstrebte, wie sie auch in den vorbereitenden Beratungen und Programmentwürfen der Moskauer KPD-Führung vom Herbst 1944 konzipiert war.

Es verstand sich von selbst, daß die Führer der wiederzugründenden oder neuen Parteien frei von dem Makel einer Unterstützung des Nationalsozialismus sein mußten. Darüber hinaus war politische Erfahrung gefordert, und hatte sich der Betreffende noch dazu in der Weimarer Zeit einen Namen als Politiker erworben, so stand, sofern er in seinen Zielen und Handeln akzeptiert werden konnte, d. h. soweit dies mit den sowjetischen Plänen vereinbar war oder gar konform ging, einer Karriere nichts entgegen. Der spätere Führer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Wilhelm Külz, 1926 Reichsminister des Inneren und bis zum Jahre 1933 Oberbürgermeister von Dresden, besaß alle diese Voraussetzungen.

Külz in der Wilhelminischen Zeit

Wilhelm Külz, am 18. Februar 1875 in Borna als Sohn eines lutherischen Pfarrers geboren,¹ wuchs in der äußerlichen Ruhe und Sicherheit des bürgerlichen Deutschland der späten Bismarckzeit auf. Obwohl seine Heimatstadt, als Sitz einer Amtshauptmannschaft ein kleineres Provinzzentrum mit Gewerbe- und Industriebetrieben im Umfeld Leipzigs, von den sozialen Problemen der Zeit nicht ausgenommen blieb, hat die soziale Frage, ja die soziale Problematik überhaupt in seinem Denken kaum Niederschlag gefunden. Sein Vater war ein Vertreter jener bürgerlichen Mittelschicht vorwiegend mittel- und süddeutscher Provenienz, die zwar national gesonnen war, aber Preußen und Berlin mit Vorbehalten begegnete, gemessen liberales Denken mit Patriarchalität und Treue zum angestammten – hier wettinischen – Herrscherhaus in einem spezifischen Amalgam zu verbinden wußte. In dieser Haltung wurde er durch seine Schule noch bestätigt: Ostern 1888 wurde er gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder Ludwig² als Internatsschüler in die Quarta von St. Augustin zu Grimma aufgenommen,³ einer der drei traditionsreichen „Fürsten- und Landesschulen“, die dem sächsischen Staat seit der Reformation eine lange Reihe von Theologen und Pädagogen, Juristen und Medizinern ausgebildet haben.

Nach seinem Abitur (1894) studierte Külz Jura an der Universität Leipzig. Er trat während dieser Zeit in eine (nichtsschlagende) studentische Verbindung, die Sängerschaft „Arion“ ein, der er stets tief verbunden blieb und auch im hohen Alter noch dankbar gedachte, „denn ich verdanke dem Arion fast alles in meinem Leben. Der Arion war mir in meiner Studentenzeit die Heimstätte eines unbekümmerten Frohseins, von der ich einen großen Fonds von Lebensfreude in mein künftiges Dasein mitgenommen habe. Er ließ mich meine natürliche Schüchternheit überwinden und in mir das Bedürfnis entstehen, einem selbstgewählten Kreise dienstbar zu sein. Er zwang mich erstmalig zu öffentlichen Reden und stärkte in mir das Gefühl, daß ich hierzu nicht ungeeignet sei ... Die wenigen

¹ Zu Külz siehe: Bundesarchiv (BA) Koblenz. Nachlaß Külz (NK), biographische Daten u. a. NK 1; Das Deutsche Reich seit 1918 bis heute. Hrsg. v. Cuno Horkenbach. Berlin 1935, passim; Ekkehart Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik. Düsseldorf 1961, S. 45–54; ders.: Külz, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biographie. Band 13, S. 210–211.

² Ludwig Külz, Dr. med., Geheimer Medizinal-Rat, starb am 20. August 1938 in Erdmannshain b. Naunhof.

³ BA Koblenz. NK 10 (dort die Broschüre: Verein ehemaliger Fürstenschüler. Mitgliederliste. St. Augustin. 1938, S. 6).

wirklichen Freunde, die ich im Leben gehabt habe, stammen aus den Reihen des Arion.“⁴

Ein „alter Herr“ dieser Verbindung war es dann auch, der Külz' Interesse auf das Gebiet der Kommunalverwaltung lenkte. Schon während seines juristischen Vorbereitungsdienstes, der Referendarzeit in Leipzig und dem Assessorat am Amtsgericht Hainichen bei Freiberg/Sa., das durch seine Dienstzeit als Einjährigen-Freiwilliger im 7. Königl.-Sächsischen Infanterie-Regiment (I.-R. Nr. 106) unterbrochen wurde,⁵ widmete er sich kommunalrechtlichen Fragen. Im Wintersemester 1900/01 nahm er das Studium wieder auf, er schloß es im folgenden Sommer mit der Promotion zum Dr. sc.pol. ab.

Seine Karriere begann bescheiden: Sein „Arion“-Gönner verhalf ihm zur Stelle eines städtischen Juristen – „Stadtschreibers“ – in Zittau,⁶ die es ihm ermöglichte, Erna Freymond zu heiraten, die er durch den „Arion“ kennengelernt hatte. Doch auch die Beförderung zum „Oberstadtschreiber“ hielt ihn nicht, als er 1903 das Amt des Stellvertreters des Bürgermeisters von Meerane (wo sein Sohn Helmut⁷ geboren wurde) übernehmen konnte. Schon ein Jahr später wurde er Oberbürgermeister der Stadt Bückeburg. Hier konnte er seine administrativen Fähigkeiten entfalten, schuf die erste Gemeindeordnung des Fürstentums. Die Hauptstadt des Fürstentums Schaumburg-Lippe war zwar nicht größer als sein Geburtsort, aber in seinem Amt fungierte er zugleich als Landtagssprecher des Fürstentums. Er zog dabei die Aufmerksamkeit Kaiser Wilhelms II. bei dessen Besuchen auf sich, und als ein Fachmann für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Deutsch-Südwestafrika gesucht wurde, erinnerte man sich

⁴ Tagebuch, 12. Mai 1947.

⁵ BA Koblenz. NK 1, Bl. 23.

⁶ Vgl. Tagebuch, 12. Mai 1947.

⁷ Helmut R. Külz, geb. 27. 7. 1903 in Meerane, besuchte das Gymnasium Zittau, studierte in Marburg und Berlin Jura und Staatswissenschaft. Promotion zum Dr. iur. Nach der Referendarzeit 1928–1934 Tätigkeit als Rechtsanwalt in Windhoek/Südwestafrika. Seit 1934 Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin, verteidigte viele Opfer der Nationalsozialisten, u. a. auch Ernst Thälmann, so daß die Anwaltskammer ihm einen Verweis erteilte und mit Ausschluß drohte. 1940–1945 Dienst in der deutschen Wehrmacht. LDP-Mitglied, seit Dezember 1946 im Kabinett Paul des Landes Thüringen, zuerst als Landesdirektor, später Justizminister. Nach Pauls Flucht nach Westdeutschland zunehmende Differenzen mit dem SED-beherrschten Kabinett Eggerath über die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demission und Übersiedlung nach Frankfurt am Main. 1948–1950 Ministerialdirektor in der Wirtschaftsverwaltung der Bizone, 1950–1953 im Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik. Geschäftsführender Vorsitzender des „Königsteiner Kreises“ bis 1952. Am 13. 3. 1953 zum Senatspräsidenten des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin gewählt, 1970–1971 dessen Vizepräsident. Zahlreiche Veröffentlichungen zu internationalen Rechtsfragen. 1968 Honorarprofessor der Universität Gießen für Verwaltungsprozeßrecht. Gestorben am 24. September 1985 in Berlin/West.

in Berlin des Bückeburger Oberbürgermeisters. So wurde Külz im Oktober 1907⁸ als Reichskommissar für Selbstverwaltung in die Kolonie gesandt – am 1. Dezember 1908 hatte er seine Aufgabe erfüllt und in Deutsch-Südwest eine Kommunalverwaltung aufgebaut, von der wesentliche Teile die deutsche Kolonialzeit überdauerten.

Külz war zu dieser Zeit schon des längeren Mitglied der National-Liberalen Partei. Als die Januar-Wahlen des Jahres 1912 bevorstanden, hatte er sich in der Partei bereits soviel Ansehen erworben, daß er als Kandidat für den sächsischen Wahlkreis Freiberg-Hainichen nominiert wurde. Aus seiner, wenn auch kurzen, Tätigkeit als Assessor am Amtsgericht Hainichen besaß er zwar noch einige Verbindungen, doch war seine Kandidatur angesichts der sozio-ökonomischen Struktur des Wahlkreises mit seiner überwiegenden Wählerschaft von Kleinbauern und Industriearbeitern zum Mißerfolg verurteilt.

Erfolg hatte hingegen seine Bewerbung um das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Zittau; am 31. Mai 1912 fiel die Wahl auf den ehemaligen „Stadtschreiber“, Külz hat dieses Amt bis 1923 ausgeübt. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrach diese Tätigkeit jedoch bald, schon im September rückte der Hauptmann der Reserve des Infanterie-Regiments 106 als Kompanieführer nach Frankreich ab. Zweimal wurde er für ein Vierteljahr „zur Zivilbehörde beurlaubt“, bis zum Oktober 1918 stand er, zuletzt als Bataillonskommandeur, an der Westfront.⁹

Nach dem Krieg wurde Külz von einem französischen Militärtribunal wegen „Bandendiebstahls, Brandstiftung und Plünderung“ der Prozeß gemacht, der Angeklagte konnte sich dabei in absentia nicht durch einen Verteidiger vertreten lassen. So wurde er in contumaciam zum Tode verurteilt. Eine Auslieferung erfolgte nicht: Reichsjustizminister Eugen Schiffer hatte die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ generell abgelehnt, statt dessen wurden die Verfahren in Deutschland durchgeführt. Külz, der selbst die Aufhebung seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter beantragte, wurde in dem deutschen Verfahren, wie es hieß, „glänzend“ rehabilitiert.¹⁰

⁸ BA Koblenz. NK 1, Bl. 1. – Krippendorffs Angabe (a.a.O., S. 45), Külz sei 1910 nach Deutsch-Südwestafrika gegangen und 1912 zurückgekehrt, ist irrig, auch mit Külz' Kandidatur bei den Januar-Wahlen 1912 nicht vereinbar.

⁹ BA Koblenz. NK 1, Bl. 23–24.

¹⁰ BA Koblenz. NK 7.

Zwischen den Kriegen

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches gehörte Külz zu jener Gruppe der Nationalliberalen, die sich der Deutschen Demokratischen Partei anschlossen. Im Juli 1919 wurde er in den Parteiausschuß gewählt und noch im gleichen Jahre in die Weimarer Nationalversammlung delegiert, seit 1920 gehörte er dem Reichstag als Abgeordneter seiner Partei an, deren Landesverband Sachsen er seit 1920 vorstand.¹¹ Die Wahl zum 2. Bürgermeister der Sächsischen Landeshauptstadt im Mai 1923 war ein zweiter Schritt in seiner Karriere, die am 20. Januar 1926 mit der Ernennung zum Reichsinnenminister des 2. Kabinetts Luther einen Höhepunkt erreichte. Er wurde als Ersatz für seinen Parteifreund Erich Koch-Weser – wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit – nominiert, den der Koalitionspartner Bayerische Volkspartei als „zu zentralistisch“, ein „zu prononcierter Demokrat“ entschieden ablehnte.¹² Der „Ersatzmann“ bewährte sich, auch im 3. Kabinett Marx diente er als Innenminister. Zu den wohl bedeutsamsten Ereignissen seiner ersten Amtszeit gehörte seine Mitarbeit am Zustandekommen des sogen. Berliner Vertrages vom 24. April 1926, dem Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, das als eine Art Gegengewicht gegen den Vertrag von Locarno und die bevorstehende Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund galt und als Versicherung der Sowjetunion diente, daß Deutschland sich trotz der „Annäherung“ an die Westmächte im Falle eines Konfliktes Moskaus mit Paris oder London streng neutral verhalten werde. Aus seiner zweiten Amtsperiode ist besonders das von ihm vorgelegte und im Dezember 1926 auch vom Reichstag verabschiedete sogen. Schund- und Schmutzgesetz („Schmutzgesetz“) bemerkenswert, bei dessen Diskussion u. a. der DDP-Abgeordnete Theodor Heuss seinen Parteifreund Külz lebhaft unterstützte. Die Befürworter des „Schmutzgesetzes“ (das schließlich mit fast 100 Stimmen Mehrheit angenommen wurde) sind von vielen Intellektuellen, besonders Literaten und Journalisten, z. T. massiv angegriffen worden; Theodor Wolff, der einflußreiche Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, trat aus Protest sogar aus der DDP aus. Auch Külz als der verantwortliche Ressortchef wurde heftig gescholten. Es half ihm nichts, daß das Gesetz aus der Arbeit eines bereits 1925 eingesetzten Parlamentsausschusses hervorgegangen war: Die Einsetzung einer Reichszensurbehörde, die durch eine Indizierung „jugendgefährdender“ Schriften der zunehmenden

¹¹ BA Koblenz, NK 1. – Zur parlamentarischen Laufbahn siehe: Handbuch für das Deutsche Reich 1922 (–1931), Berlin 1922 (–1931). Külz vertrat 1920–1929 den Wahlkreis Dresden-Bautzen (Nr. 31, ab 1924 Nr. 28), 1931 den Wahlkreis 29/Leipzig (letzteren für die Deutsche Staatspartei).

¹² Das Deutsche Reich seit 1918 bis heute. Hrsg. v. Cuno Horkenbach. 1918–1930. Berlin 1930, S. 220/5, 519/24.

Verbreitung pornographischer u. ä. Literatur wehren sollte, war ein höchst zweischneidiges Unterfangen.

Külz haben die gegen ihn gerichteten publizistischen Attacken wenig angefochten, er war von der Notwendigkeit dieses Gesetzes überzeugt, wenngleich er eine Zentralinstanz nur *contre cœur* akzeptierte – eine föderative Lösung, die er bevorzugt hätte, war nicht praktikabel.¹³

Mit dem Sturz des 3. Kabinetts Marx (17. 12. 1926) schied Külz aus dem Regierungsamt aus, doch wurde er in der Folgezeit von der Reichsregierung mit verschiedenen politischen Aufgaben betraut. Er erfreute sich dabei der besonderen Förderung Stresemanns, der „ihn wegen seiner diplomatischen Fähigkeiten gern mehr im Auswärtigen Dienst einsetzen wollte“,¹⁴ aber auch zu dieser Zeit in Verhandlungen mit dem DDP-Politiker Koch-Weser stand, der die bei den Mai-Wahlen 1928 schwer angeschlagene DDP an Stresemanns DVP heranzuführen suchte, mit dem Traumziel eines Zusammenschlusses der Parteien der Mitte.¹⁵ Für sein Auftreten als deutscher Repräsentant auf der „Weltkonferenz des Roten Kreuzes“ in den Haag (23. bis 27. Oktober 1928) empfahl Külz sich jedoch vor allem deshalb, weil er während seiner Amtszeit als Minister den „Welthilfsverband für Katastrophenhilfe“ (Union Internationale des Secours aux Populations frappées) auf der von ihm präsierten Gründungs-sitzung in Genf (12. Juli 1926) mitbegründet hatte.¹⁶ Die Haager Konferenz, die mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und der Liga der Roten-Kreuz-Gesellschaften die beiden wichtigsten Hilfsinstitutionen zusammenführte, war für die Ziele des „Welthilfsverbandes“ von größter Bedeutung – nur mit der hier diskutierten einheitlichen internationalen Rot-Kreuz-Organisation meinte Külz sie verwirklichen zu können.

Ebenfalls im Jahre 1928 wurde der Reichsminister a. D. zum Reichskommissar für die Presseausstellung (PRESSA) in Köln – bestellt.¹⁷ Im Reichstag wurde er 1929 in das Wahlprüfungsgericht entsandt, auch dem Parlamentarischen Beirat der „Reichszentrale für Heimatdienst“ gehörte er an, von seinen außerparlamentarischen Funktionen ist besonders seine Arbeit im Vorstand des „Reichsstädtebundes“ zu nennen,¹⁸ die ihn mit

¹³ Erik Eyck: Geschichte der Weimarer Republik. Band 2. Erlenbach, Stuttgart 1956, S. 123–125.

¹⁴ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

¹⁵ Modris Eksteins: Theodor Heuss und die Weimarer Republik, Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik Band 3). Stuttgart 1969, S. 79.

¹⁶ BA Koblenz. NK 59, 1.

¹⁷ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

¹⁸ Handbuch für das Deutsche Reich. 1929. 44. Jahrgang. Berlin 1929, S. 14, 21, 25, 26, 60, 333; 1931. 45. Jahrgang. Berlin 1931, S. 17, 24, 30, 246.

den hervorragenden Vertretern der deutschen Kommunalpolitik wie Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln, Karl Goerdeler, dem Stadtoberhaupt von Leipzig (und späterem Angehörigen des deutschen Widerstandes) u. a. zusammenführte.¹⁹ Auch im „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) arbeitete er mit – wohl die Folge seiner noch immer bestehenden Verbindungen zum ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, die auf seine dortige Tätigkeit 1907–1908 zurückgingen.²⁰

Der Zusammenschluß der DDP mit der „Volksnationalen Vereinigung“, in der Arthur Mahraun die Kräfte seines Jungdeutschen Ordens (Jungdo) politisch zu organisieren und dem demokratischen Lager zuzuführen suchte, hat Külz, soweit ersichtlich, nicht ernstlich angefochten – er fand sich dabei in Gesellschaft von Theodor Heuss. Die Empörung der DDP-Mitglieder galt vorwiegend dem Vorgehen der Parteispitze, die die Verhandlungen mit Mahraun geheim geführt hatte,²¹ nur ein kleiner Teil „linker“ Demokraten versagte der am 27. Juli 1930 entstandenen „Deutschen Staatspartei“ seine Gefolgschaft – darunter auch Ludwig Quidde. Külz aber gehörte eher zur „Rechten“, er war sehr stark national gesonnen. So vermerkte er etwa mit Stolz, daß er 1920 den „Charakter als Major und Erlaubnis zum Tragen der Regiments-Uniform erhalten“ hatte.²² Seine Rede auf dem Kavallerie-Tag 1931 in Dresden und seine begeisterte Verehrung Hindenburgs²³ zeigen die Nähe zu deutsch-nationalen Vorstellungen, wie sie im Jungdo vorherrschten, das Erlebnis als Frontsoldat des Weltkrieges verband ihn mit dessen Mitgliedern. Anstoß dürfte er aber am offenen Antisemitismus Mahrauns genommen haben, denn Külz besaß eine Reihe jüdischer Freunde und hat auch während der NS-Zeit – wie auch sein Sohn – deren Rechte vertreten. Auch die Jungdo-Vorstellungen vom „organischen Staate“ entsprachen demokratischem Denken nicht, wenngleich auch bei den konservativen Liberalen nach Külz' Art autoritäre und ordnungsstaatliche Gedanken mit dem Demokratieverständnis verbunden waren. Külz hat der „Deutschen Staatspartei“ bis zu ihrem Ende angehört, er hat sie im Reichstag bis 1931 repräsentiert. Im Februar 1931 hat er als Abgeordneter noch einmal Schlagzeilen gemacht – allerdings ohne sein Zutun: Am 20. Februar feuerte der 72jährige Rentner Georg Schmitt in der Wandelhalle des Reichstags aus einer Schreckschußpistole auf ihn, um auf die schwierige Lage der Rentner aufmerksam zu machen. Der „Attentäter“ kannte Külz nicht; er entschuldigte sich spä-

¹⁹ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

²⁰ Külz' Sohn Helmut war 1928–1934 in Windhoek, der Hauptstadt der früheren deutschen Kolonie, als Anwalt tätig.

²¹ Vgl. Eksteins: a.a.O., S. 91 f.

²² BA Koblenz. NK I, Bl. 24.

²³ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

ter bei ihm und bedauerte die Wahl seines „Opfers“ um so mehr, als er erfahren hatte, daß Külz eben an einem Gesetz zur Verbesserung der Situation der Rentner mitgewirkt hatte.²⁴

Wenig später wurde Külz als Abgeordneter beurlaubt – er war am 9. Februar 1931 für die Dauer von sechs Jahren zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt worden.²⁵ In diesem Amte erlebte er die „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus, den er entschieden verurteilte. Er hat die Zustimmung der wenigen verbliebenen Abgeordneten seiner Partei zum „Ermächtigungsgesetz“ (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich) am 24. März 1933 schärfstens kritisiert – es blieb dies ein bleibender Dissens mit Theodor Heuss.²⁶ Die Abstimmung selbst sah ihn schon nicht mehr in seinem Amte: Am 7. März verweigerte er dem SA-Sturmführer Schreiter und seinem Trupp das Hissen der Hakenkreuz-Flagge auf dem Dresdner Rathaus – am 14. März verfügte der „Reichskommissar für Sachsen“, von Killinger, seine Beurlaubung.²⁷ Dem Regime schien er davon jedoch nicht genügend beeindruckt, am 2. Dezember 1934 wurde er, wie er vermerkt: „ohne Angabe von Gründen“, in „Schutzhaft“ genommen.²⁸ Sie währte glücklicherweise nicht lange: Bereits Ende März 1935 konnte er von Dresden nach Berlin-Wilmersdorf umziehen, wo er dann mit seinem aus Windhoek zurückgekehrten Sohn eine gemeinsame Anwaltskanzlei führte. Seine Tätigkeit erregte bald den Unwillen des Hetzblattes „Der Stürmer“: Unter der Überschrift „Was der Dresdner nicht verstehen kann“ mokierte sich ein „Fips“: „Der ehemalige Demokrat und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dr. Külz, nunmehr in der Neuen Wilhelmstraße 2 zu Berlin NW 7, Privatwohnung in der Pfalzburger Straße [82] zu Berlin W 15, besitzt Briefbögen, auf welchen als Firmenbezeichnung, ‚Reichsminister a. D.‘ steht. Dr. Külz wickelt die Geschäfte der jüdischen Bankfirma Bondi & Maron ab. Er hat auch die vermögensrechtliche Vollmacht der Vollblutjüdin Dora Maron, z. Zt. auf Reisen. Seine Briefe sind nicht mit dem deutschen Gruß versehen, sondern lediglich mit seiner Unterschrift. In deutschen Judenkreisen scheint der Briefkopf, versehen mit ‚Reichsminister a. D.‘ sicher tiefen Eindruck zu machen. Darauf scheint es dem Herrn Dr. Külz ja auch bloß anzukommen.“²⁹

²⁴ BA Koblenz. NK 133.

²⁵ Das Deutsche Reich (1933), S. 114.

²⁶ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

²⁷ Das Deutsche Reich (1933), S. 114.

²⁸ BA Koblenz. NK 1, Bl. 25. – Külz hatte die Häftlingszahl Nr. 12 524.

²⁹ BA Koblenz. NK 137. Der Artikel erschien in Folge 27 des „Stürmer“.

Kam diese publizistische Attacke gegen ihn auch von Seiten der Eiferer des Regimes, so zeigte sie Külz doch, daß man ihn weiterhin beargwöhnte. Er hat es jedoch verstanden, die NS-Zeit in Berlin zu überstehen. Geholfen haben mag ihm dabei wohl auch in manchen Kreisen der „Reichsminister a. D.“, und dies nicht nur bei potentiellen Klienten seiner Anwaltskanzlei. Der erzwungene Rückzug aus dem öffentlichen politischen Leben bot ihm Raum, private Kontakte zu pflegen – etwa zu seinen politischen Freunden, die wie Theodor Heuss in der „Reichshauptstadt“ lebten – oder wiederanzuknüpfen: so nahm er verschiedentlich an den Treffen des ‚Vereins ehemaliger Fürstenschüler‘ von St. Augustin teil.³⁰ Der Krieg hat dann in den Kreis seiner Freunde und Bekannten Lücken geschlagen, so verließ Theodor Heuss 1944 die bombenzerstörte Stadt, in der Külz den Zusammenbruch des Dritten Reiches erlebte.

Aufbau der LDP

Dem politischen Neuaufbau hat er seine ganze Kraft und Erfahrung gewidmet. Er war nicht weniger schwierig als der wirtschaftliche, denn das NS-Regime hatte nicht nur die Parteien zerstört, sondern die gesamte politische Kultur vernichtet. Die Initiative zu einem Wiederaufbau ging hier von den Sowjets aus, die schon mit dem Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD) vom 9. Juni die Bildung „antifaschistisch-demokratischer“ Parteien gestatteten.³¹ Am 11. Juni bereits veröffentlichte die KPD ihren Gründungsaufruf. Dem demokratischen Reichsfinanz- und -justizminister der Weimarer Zeit, Eugen Schiffer, gelang es erst am 16. Juni, die konstituierende Versammlung der „Deutschen [später: Liberal-] Demokratischen Partei Deutschlands“ in seinem Hause zu versammeln. Die Evakuierungen aus der zerbombten Stadt hatten alte Gesinnungsgenossen aus Berlin hinweggeführt, und die Kommunikationsprobleme erschwerten die Verständigung mit den Verbliebenen, so daß nur eine sehr kleine konstituierende Gruppe zusammenfand. Unter den Geladenen befand sich auch Külz, der in Kontakt mit Schiffer gestanden hatte. Waldemar Koch legte eine Satzung vor, die von den sechs Teilnehmern als „Hauptausschuß“ der Partei gebilligt wurde. Vorsitzender wurde Waldemar Koch, Külz fungierte als sein Stellvertreter.³² Seinen Aufzeichnungen zufolge drängte er auf rasche Gründung, um

³⁰ BA Koblenz. NK, passim.

³¹ Veröffentlicht am 10. Juni 1945.

³² Ekkehart Krippendorff: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VjZ) 8 (1960), S. 291.

„wenigstens den Kommunisten gegenüber einen Anfang zu einer nicht-kommunistischen Partei zu schaffen“, auch wenn angesichts der Nachrichten- und Verkehrsschwierigkeiten diesem Schritt wohl nur Signalwirkung zukommen werde.³³ Während Koch sich um die Zulassung bei den sowjetischen Stellen bemühte, nahm Külz Kontakte zu anderen demokratischen Gruppen in Berlin auf, er führte auch Arthur Lieutenant dem „Hauptausschuß“ zu, um die erforderliche Zahl von sieben Gründungsmitgliedern zu komplettieren.³⁴ Der Parteiname allerdings mußte geändert werden, und als sich die Zusammenarbeit mit der Gruppe Andreas Hermes – Walther Schreiber zerschlagen hatte,³⁵ deren Gründung als CDU zugelassen wurde, wählte man die Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“, um sich von der CDU abzugrenzen, in der nach Külz' Meinung das Weimarer Zentrum dominierte.³⁶ Am 10. Juli schließlich war die langwierige Prüfungsprozedur der SMAD abgeschlossen und die Partei zugelassen. Andere Gruppen, zumeist aus Mitgliedern der Weimarer DDP und DVP, die sich vor allem in Sachsen und Thüringen gebildet hatten, schlossen sich bald an. Zugute kam den Parteigründern – auch im sowjetischen Kalkül – zweifellos, daß die LDP eine Zusammenfassung aller nichtmarxistischen Kräfte durch die CDU verhinderte, was die Position der ohnehin nicht sehr starken KPD verschlechtert hätte.³⁷

Den Sowjets lagen zur Zeit der Parteizulassung noch weitere Anträge vor, etwa von der Gruppe um den Berlin-Steglitzer Bürgermeister Schwarz. Bei der Entscheidung, der Koch-Külz-Gruppe schließlich die Registrierung zu erteilen, dürfte gewiß auch der Bekanntheitsgrad und das Ansehen der beiden Weimarer Reichsminister Schiffer und Külz mitberücksichtigt worden sein, wobei Külz sich noch dadurch auszeichnete, daß er – als Minister – am Abschluß des sogen. Berliner Vertrages, des deutsch-sowjetischen Neutralitätspaktes vom 24. April 1926 beteiligt gewesen war, einer außenpolitischen Stützung der bedrängten Sowjetunion.³⁸ Külz besaß dadurch ein Vertrauenspotential, das er im Umgang mit den SMAD-Vertretern, aber auch mit sowjetischen Offizieren in den Städten der SBZ, in denen er für die Partei warb, mit Geschick zu festigen

³³ Aufzeichnung Külz' über die Gründungssitzung (ohne Datum) (BA Koblenz, NK 74).

³⁴ Krippendorff: Gründung, S. 292.

³⁵ Zum Dissens mit den CDU-Gründern s. Krippendorff: Gründung, S. 293.

³⁶ Schreiben Külz' an Johannes Dieckmann vom 25. 7. 1945 (NK 74).

³⁷ Siehe dazu Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln, Berlin 1955, S. 402 ff.

³⁸ Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion. 5., verb. und erw. Aufl. Stuttgart 1969, S. 227 f.

wußte.³⁹ Auch seine Tätigkeit im „Gemeinsamen Ausschuß“ des „Blockes der antifaschistischen Parteien“ als Sprecher der liberalen Demokraten (seit 14. Juni 1945) empfahl ihn. Dazu kam Külz' weitreichendes Einverständnis mit der sowjetischen Deutschlandkonzeption; so erwies sich der ehemals zur Berücksichtigung förderativer Aspekte Tendierende nun als Vertreter eines deutschen Zentralismus. Wie weit zu dieser veränderten Haltung Erkenntnisse aus der Weimarer Entwicklung beigetragen haben, läßt sich nicht feststellen, mit Sicherheit legte die Situation der Partei in ihrer Konkurrenz mit der CDU um das „bürgerliche Lager“ eine straffe Gliederung (und Führung) nahe, der Vergleich mit den Organisationsformen der sozialistischen Parteien, vor allem der KPD, trug gleichfalls dazu bei. Eine starke Parteiführung in Berlin korrespondierte mit der sowjetischen Konzeption eines zentralistischen, von Berlin aus geleiteten Deutschland, die SMAD setzte dabei auf Külz. Denn Waldemar Koch hatte den Parteivorsitz mehr als Schwiegersohn des sich im Hintergrund haltenden Schiffer übernommen, er war zudem – und das gab den Ausschlag – den Sowjets wegen seiner festen Ansicht in Wirtschaftsfragen nicht genehm. Die Sowjets förderten Külz massiv, sie scheuten sich auch nicht, Koch und den Parteivorstand zu erpressen: Sie sicherten sofortige Lizenzerteilung für einige Partei-Tageszeitungen in den Ländern der SBZ zu, wenn Koch den Vorsitz an Külz abgebe. Kochs Verzicht wurde noch dadurch erleichtert, daß man ihm eine Rückkehr an die Universität, die er 1934 hatte verlassen müssen, als Professor anbot.⁴⁰

Es spricht nicht für Külz, daß er dieses Spiel der Sowjets mitspielte. Was ihn dazu bewogen hat, ist mangels Quellen nur zu vermuten. Sein überaus ausgeprägtes Selbstbewußtsein, das sich auch in seinem Tagebuchfragment immer wieder zeigt, verbunden mit einem entschiedenen politischen Gestaltungswillen und der psychologisch einfühlsamen Ermunterung seitens der tatsächlichen Machthaber ließen ihn sich selbst als den geeignetsten Mann für dieses Amt erscheinen. Dazu kam, daß er als der Herausgeber des „Morgen“, der zentralen Parteizeitung, als der Sprecher der Partei erschien, daß ihm seine Mitwirkung im „Gemeinsamen Ausschuß“ große Publizität verschaffte, und daß man sich aus den Ländern mit Anfragen vorwiegend an den bekannten Reichsminister a. D. und Herausgeber wandte. So verfügte er über die wichtigen Verbindungen zu den Parteiorganisationen im Lande und wurde zur zentralen Instanz. Dennoch zeigte er, als er auf das sowjetische Spiel einging, ein sehr einseitiges Verantwortungsbewußtsein: die Akzeptanz dieses erpresserischen Manövers war eine Absage an die politische Moral, sie mußte die Sowjets

³⁹ Siehe dazu Külz: Tagebuch, u. a. 27. 1., 4. und 7. 3., 9. 5., 1. 9., 1. 11. 1947, 9. 2. 1948.

⁴⁰ Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei, S. 40.

geradezu einladen, sich im Zweifelsfall dieser oder ähnlicher (und schlimmerer) Prozeduren zu bedienen.

Einen Machtkampf hat es im Vorstand nicht gegeben. Das verhinderte das gemeinsame Bewußtsein, daß jeder derartige Konflikt die Einheit der Partei und ihre Integrationskraft bedrohe.⁴¹ So wuchs die Führung der Partei allmählich immer mehr Külz zu, und die Einmischung der Sowjets ist wohl vor allem mit ihrer Ungeduld zu erklären, die von ihnen beabsichtigten Ordnungsstrukturen zu verwirklichen, bevor die Westmächte ihrerseits entsprechende Initiativen entfalteten und sich in die Neuordnung Deutschlands einschalteten. (Tatsächlich hat denn auch die Besetzung der gesamtdeutschen zentralistischen Position durch die SBZ dazu beigetragen, die föderative Lösung im Westen durchzusetzen.)

Als Külz am 29. November von dem resignierenden Koch den Parteivorsitz übernahm,⁴² legte er die bis dahin getrennte Parteigeschäftsstelle und die Redaktion des „Morgen“ zusammen, er führte die Geschäftsstelle vom Kurfürstendamm in die Taubenstraße des sowjetischen Sektors, ein Schritt, der zumindest in der Rückschau Symbolcharakter besitzt⁴³ – eine Option für die Sowjetunion.

Er hat sich in der Folgezeit mit aller Energie dem Ausbau der Parteiorganisation in den Ländern der SBZ gewidmet, auf vielen Reisen hat er die einzelnen Orts- und Kreisverbände besucht und ihre Arbeit durch Reden und auf Kundgebungen unterstützt. Als eine erste Delegiertenkonferenz der LDP am 3.–4. Februar 1946 in Weimar zusammentrat, auf dem alle führenden Mitglieder der Partei vertreten waren, wurde Külz daher auch in seiner Funktion bestätigt, und auch der erste Parteitag in Erfurt (6.–8. Juli 1946) betraute ihn – ohne Gegenstimmen – mit diesem Amt.

Külz' Wahl zum Vorsitzenden legte nicht nur sein persönliches Ansehen und sein intensiver Einsatz für die Partei nahe, auch seine Nähe zum Machtzentrum der SMAD und sein bekannt gutes Verhältnis zu den Sowjets sprachen für ihn. Doch auch Külz' unerschütterliches Selbstbewußtsein und die überzeugende Selbstverständlichkeit, mit der er die Führungsposition als ihm zustehend einnahm, anscheinend ohne jeden Zweifel an sich und seiner Aufgabe, trugen dazu bei. Dies zeigte sich, als auf dem Weimarer Delegiertentag⁴⁴ der Landesverband Brandenburg einen Mißtrauensantrag gegen den Vorstand wegen ungenügender Vertretung der Parteiinteressen einbrachte. Külz' Beschwörungen, die Geschlossen-

⁴¹ Ebenda.

⁴² Armin Behrendt: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden. Berlin (Ost) (1968), S. 326.

⁴³ Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei, S. 40.

⁴⁴ Ein zusammenfassendes Protokoll, das vervielfältigt wurde, in: BA Koblenz. NK 68.

heit der Partei nicht durch Richtungsstreitigkeiten und kleinliche Auseinandersetzungen zu gefährden, sondern gerade in dieser Aufbauphase und angesichts der Konfrontation mit der künftigen SED (die „Vereinigung“ von KPD und SPD war bereits abzusehen) und dem „bürgerlichen“ Rivalen CDU Einheit zu demonstrieren, überzeugte die Delegierten – der Antrag der Brandenburger wurde zurückgezogen. Külz verstand es, den ihm entgegengebrachten Vertrauensvorschuß geschickt zu nutzen. Er klammerte in seinem Grundsatzreferat alle konkreten Fragen des politischen Alltags, die so konfliktträchtig waren, aus und beschränkte sich auf ein emphatisches Bekenntnis zu Demokratie und Liberalismus, das aus Grundsatzbetrachtungen und Globalerörterungen bestand – er gab der Partei die Generallinie. Sein demonstrativer Optimismus überzeugte, er brachte die kritischen Vorbehalte zum Verstummen und verhinderte eine kontroverse Diskussion, die eine Klärung der Probleme des Alltags vor Ort, an der Basis, zumindest hätte fördern können. Das allgemeine Harmoniestreben und die Akzeptanz seines Führungsanspruchs nutzte er, um einen Parteivorstand nach seinen Vorstellungen zu bilden und von den Delegierten bestätigen zu lassen – ein Verfahren, das nach den Parteisatzungen unzulässig war. Dem neuen Vorstand gehörten nur noch fünf (von zwölf) der Mitglieder des alten Hauptausschusses an,⁴⁵ er war auf die Person des Vorsitzenden zugeschnitten, der damit seine Machtposition verstärkte. Hier zeigte sich Külz' autoritärer Führungsstil erstmals in voller Deutlichkeit.

Daß „sein“ Vorstand den Erfurter Parteitag bestand, verstand sich von selbst. Allerdings fehlte eine praktikable und überzeugende personelle Alternative für den Vorsitzenden. Auch die Erfurter Delegierten wurden von ihm und seinen Mitarbeitern überzeugt, und schließlich sprach der rasche Aufschwung der Partei⁴⁶ für ein Festhalten an der bewährten Führungsmannschaft.

Diese strapaziöse Tätigkeit des Siebzigjährigen verstärkte den Einfluß der Parteizentrale, und als Külz forderte, die Hälfte der Mitgliedsbeiträge nach Berlin abzuführen, setzte er sich damit durch – was der Parteileitung auch finanziell einen erheblichen Spielraum gewährte. Külz hat ihn genutzt, u. a. auch zur finanziellen Hilfe für die verschiedenen demokratischen Parteien in den Westzonen, die sich später zur FDP zusammenschlossen. Er hat sie auch durch Reisen, vor allem in der Britischen Besatzungszone, und im Auftreten auf öffentlichen Kundgebungen der Partei unterstützt. Damit aber wuchs auch der Einfluß der Berliner Parteileitung über die Grenzen der SBZ hinaus.

⁴⁵ Krippendorff: a.a.O., S. 41.

⁴⁶ Ebenda, S. 42.

Külz und seine Berliner Parteiführung hatten nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie sich als zentrale Leitung aller liberalen demokratischen Organisationen Deutschlands verstanden. Dieser Prioritätsanspruch gründete sich nicht nur auf eine Art Recht der Primogenitur, da die LDP als erste liberale Partei entstanden war, auf ihren – daraus resultierenden – höheren Organisations- und Wirkungsgrad, sondern auch auf ihre Residenz in Berlin: Nicht nur Külz war es in dieser Zeit eine unbefragte Selbstverständlichkeit, daß die alte preußische und spätere „Reichshauptstadt“ auch die Machtzentrale des neuen Deutschlands sei und den hier situierten Organisationen und Institutionen zentrale Leitungskompetenzen zukamen. Die Berliner Parteiführung hatte bereits eine Gesamtorganisation der Partei in der SBZ verwirklicht, als die Liberalen der drei westlichen Besatzungszonen noch kaum Zusammenschlüsse auf Länderebene erreicht hatten. Der Führungsanspruch des Külz'schen Parteivorstandes dokumentierte sich u. a. darin, daß man sich öffentlich als „Reichsparteileitung“ bezeichnete, Külz als „Reichsvorsitzender“ der Partei erschien – noch der Eisenacher Parteitag der LDP (4.–7. Juli 1947) firmiert in Külz' Tagebuch als „Reichsparteitag“.⁴⁷ Dieser gesamtdeutsche Führungsanspruch, den Külz selbstbewußt trug,⁴⁸ entsprach den sowjetischen Deutschlandplänen vorzüglich, denen eine Ausdehnung des politischen Einflusses auf die Liberalen der westlichen Besatzungszonen höchst verteilhaft war; Külz und andere LDP-Funktionäre haben denn auch für ihre politischen Aktivitäten im westlichen Deutschland zumindest auf Verständnis der Sowjets rechnen dürfen, und diese Interessengleichheit erklärt die Aufmerksamkeit, die Külz von sowjetischer Seite erfuhr. Die föderalistischen Tendenzen, die sich in der politischen Entwicklung der westlichen Besatzungszonen bald bemerkbar machten, hat er scharf verurteilt, er sprach vom „Separatistenklüngel“ und einer ihm zu extensiven „weitherzigen Handhabung demokratischer Selbstbestimmung“.⁴⁹ Sie gefährdete auch seine eigene Position, denn die württembergischen Liberalen der „Demokratischen Volkspartei“ um Theodor Heuss und Reinhold Maier waren nicht gesonnen, den Berliner Führungsanspruch zu akzeptieren. Da sie in diesem Lande mit seiner großen demokratischen Tradition eine gut funktionierende Partei aufgebaut hatten, die auch finanziell unabhängig war, waren sie – im Gegensatz zu den Liberalen der Britischen Besatzungszone und in Hessen, auch Bayern – nicht nur von Berlin unabhängig, sondern auch mit gesundem Selbstbewußtsein ausgestattet. Hier erwuchs Külz eine starke Opposition gegen seine Pläne einer „Reichspartei“.

⁴⁷ Tagebuch, 12. 7. 1947.

⁴⁸ Der Morgen (12. 1. 46). Krippendorff (a.a.O., S. 142) geht etwas zu weit.

⁴⁹ Der Morgen (10. 2. 1946).

Für deren Unterstützung waren von Berlin her gute Vorkehrungen getroffen. Seine Reise im März nach Hessen, auf der ihn Lieutenant begleitete und auf der er wohl finanzielle Unterstützung zugesagt hatte,⁵⁰ die Betrauung mit dem Einleitungsreferat des Hessischen Landesparteitags und auf der Abschlußkundgebung der Konferenz liberaler Parteien der US-Zone⁵¹ waren nur die herausragenden Ereignisse beharrlicher zielgerichteter Arbeit, die durch eine Fülle von Parteireisenden minderen Ranges die Dominanz der Berliner Führung demonstrierte und sie ausbaute. Der Parteitag des Verbandes der Britischen Besatzungszone (18.–20. Mai 1946) in Bad Pyrmont brachte einen ersten Erfolg, als mit dessen Generalsekretär Hermes Absprachen über die Bildung eines Koordinierungsausschusses getroffen wurden, der den Zusammenschluß auf „Reichs“-ebene vorbereiten sollte. Da hierbei auch die Spitzen aller anderen liberalen Landesparteien mit Ausnahme der Württemberger vertreten waren, schien Külz der Erfolg sicher.⁵²

Die Gründung des Zonenverbandes der US-Zone, die am 28./29. August 1946 erfolgte, konnte jedoch nicht verhindert werden, obwohl Lieutenant auf seiner Reise nach Bayern, wo Otto Bezolds und Thomas Dehlers FDP zu Külz neigte, und Hessen, dessen LDP-Vorsitzender Fertsch die „Reichspartei“ unterstützte, die Berliner Position zu festigen suchte. Mit der Ablösung Fertschs durch August Martin Euler im Sommer 1946 aber hatte sich im US-Zonenverband die Linie Heuss-Maier gegen die Külz-Richtung durchgesetzt.

Külz' württembergische Opponenten durften sich der Unterstützung der US-Besatzungsbehörden in ihrem Kampf gegen die Berliner Führung gewiß sein, doch gab es auch in anderen Landesverbänden Stimmen, die an den Verhältnissen in der SBZ und an Külz' Führung der Partei scharfe Kritik übten. Sein autoritärer Führungsstil und die unverkennbaren Züge obrigkeitsstaatlichen Denkens entsprachen demokratischen Vorstellungen wenig, und die in der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ vertretene Politik erschien als zu willfährig gegenüber der SED. Einen entscheidenden Anlaß zum Umschwung in den westlichen Parteien aber gab Külz selbst.

⁵⁰ Vgl. die Aktennotiz Ernst Mayers vom 16. Juli 1947 [?] (Krippendorff: a.a.O., S. 164); Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F.D.P. im Reichstagsgebäude. Zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein. Bonn 1978, S. 87.

⁵¹ Vgl. Tagesspiegel (23. 3. 1946), zusammenfassend: Thüringische Landeszeitung (30. 3. 1946).

⁵² Der Morgen (21. 5. 1946); Thüringische Landeszeitung (22. 5. 1946); Tagesspiegel (23. 5. 1946).

Es zählt wohl zu den folgenschwersten Fehlentscheidungen, daß er und der Berliner Zonenvorstand glaubten, angesichts der wachsenden Widerstände durch einen Gewaltstreich zum Ziele gelangen zu können. Als auf dem Erfurter Parteitag außer Hermes einige untergeordnete Funktionäre aus den hessischen, bayerischen und rheinland-pfälzischen Parteien erschienen, wurden sie im Anschluß daran nach Berlin gefahren, wo ihnen Külz in einer Ansprache die Notwendigkeit der Konstituierung einer liberalen Reichspartei darlegte. Sie stimmten zu, ein Vorstand wurde nominiert, dem neben Külz und Lieutenant (als Geschäftsführer) je ein Vertreter der westlichen Zonenparteien angehörten – wobei deren Zustimmung erst eingeholt werden sollte. „Das Ganze war nur ein der persönlichen Überredungskunst von Külz zu verdankendes und politisch ebenso wertloses wie im Westen fast durchwegs abgelehntes Manöver“,⁵³ denn die Vertreter der westlichen Parteien waren zu einem solchen Schritt in keiner Weise legitimiert, ihre Zustimmung erfolgte dann auch vorbehaltlich der Billigung ihrer Organisationen. Der Coup aber scheiterte nicht nur – er lieferte Külz’ Gegner auch beeindruckende Argumente gegen die Berliner Ambitionen, der Verlauf der US-Zonenkonferenz der Liberalen in Augsburg (13.–14. Juli 1946) wurde davon stark beeinflusst, so daß der Weg für die Bildung des US-Zonenverbandes frei wurde.⁵⁴ Külz beantragte auf dem US-Zonenparteitag, den Pyrmonter Beschluß über die Bildung eines Koordinationsausschusses zu verwirklichen. Reinhold Maier widersprach der „demokratischen Einheitspartei“ und der Berliner Führung zwar entschieden, doch Külz’ Beschwörung der Gefahr einer baldigen Teilung Deutschlands gewann ihm die Vertreter der britischen und französischen Zone. Heuss vermittelte geschickt, ohne den grundsätzlichen Dissens ausräumen zu können.⁵⁵ Für Külz sprachen die beträchtlichen Erfolge seiner Partei bei den Gemeinderatswahlen im September 1946 in der SBZ, und aus den Kreis- und Landtagswahlen vom 20. Oktober ging sie trotz massivster Behinderungen und Eingriffe in den Wahlkampf durch die Sowjets⁵⁶ als zweitstärkste Partei der SBZ hervor.⁵⁷ Auf einer Konferenz in Coburg (8.–9. November 1946), der nur die württembergische „Demokratische Volkspartei“ fernblieb, erlebte Külz die Genugtuung, daß der Koordinierungsausschuß geschaffen wurde, der den Zusammenschluß der

⁵³ Krippendorff: a.a.O., S. 144.

⁵⁴ Vgl. Ernst Mayer (ebenda, S. 162 f.).

⁵⁵ Der Morgen (5. 10. 1946).

⁵⁶ Dazu Krippendorff: a.a.O., S. 94 ff.

⁵⁷ Vgl. Die Wahlen in der Sowjetzone. Dokumente und Materialien. Hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. 3. Aufl. Bonn 1958, S. 11; Der Morgen (4., 7., 10. 9. 1946).

„Demokratischen Partei Deutschlands“ vorbereiten sollte. Daß wenige Tage zuvor eine Direktive des Alliierten Kontrollrates für Deutschland, die eine Bildung gesamtdeutscher politischer Parteien und zentraler Leitungsorgane gestatten sollte, am französischen Veto gescheitert war (29. Oktober), konnte den Eindruck dieser gesamtdeutschen Willensbekundung nicht wesentlich schmälern.

Dieser Gefahr für den Wiederaufbau eines einheitlichen Deutschland, wie sie hier in der französischen Haltung sichtbar wurde, war sich Külz bewußt, doch setzte er darauf, daß Frankreich sich dem gemeinsamen politischen Willen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens auf Dauer nicht werde widersetzen können, zumal dann, wenn den „Großen Drei“ deutscherseits durch ein einmütiges und entschiedenes Bekenntnis zur deutschen Einheit sekundierte werde. Dieser Gedanke motivierte auch seine intensiven Bemühungen um die Liberalen der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone – die französische hat er in seine Arbeit nicht einbezogen, auch wenn auf dem Erfurter Parteitag Rautenstrauch und Dr. Dohr als Vertreter aus der französischen Zone figuriert und anschließend in Berlin Külz zugestimmt hatten.⁵⁸

Der Coburger Beschluß aber zeigte eine Wandlung Thomas Dehlers und der bayerischen FDP. Noch im Mai, auf der Pyrmonter Tagung, hatten sie Külz und die LDP wegen ihrer engen Zusammenarbeit mit der SED und SMAD heftig attackiert,⁵⁹ jetzt unterstützten sie Külz massiv. So mußten die württembergischen Liberalen und Reinhold Maier, die auf dem US-Zonenparteitag im September 1946 der Berliner „Reichspartei“ entschieden abgesagt hatten, sich, wollten sie nicht in die Isolierung geraten und Külz das Feld überlassen, an der Arbeit des Koordinationsausschusses beteiligen.

An dessen zweiter Sitzung teilzunehmen, die am 16.–17. März in Rothenburg ob der Tauber stattfand, hätte Külz fast die Tücke des Objekts verwehrt: Defekte an seinem Wagen hielten ihn in Weimar und nochmals an der Zonengrenze fest.⁶⁰ So entfiel sein Auftritt auf der vorbereitenden Sitzung des US-Zonenvorstandes in Stuttgart, und auch in Rothenburg traf er erst am späten Vormittag des zweiten Konferenztages ein. Er war vom stürmischen Verlauf des ersten Sitzungstages mit seinen heftigen Debatten über die Aufgaben und die Kompetenz des Koordinationsausschusses bereits informiert, der Vertreter Thüringens, Leonhard Moog,

⁵⁸ Thüringische Landeszeitung (13. 7. 1946).

⁵⁹ Krippendorff: a.a.O., S. 143 f.

⁶⁰ Külz: Tagebuch, 19. März 1947. – Es ist wenig wahrscheinlich, daß er trotz seines „Ärgers über diese trostlosen Zustände“, wie er schreibt, tatsächlich von der Teilnahme Abstand genommen hätte, denn für ihn und seine Ziele stand zuviel auf dem Spiel.

hatte ihn am Vorabend telephonisch unterrichtet, daß der Bestand der Arbeitsgemeinschaft gefährdet war. „Die Freude der Anwesenden, daß ich noch gekommen war, zeigte sich stark und unverhohlen“, notiert er⁶¹ – allerdings dürfte die seiner württembergischen Opponenten gemessen gewesen sein; denn in Külz erhielten die Befürworter der Gesamtpartei ihren überzeugenden Sprecher. Ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung war ja die Lage der LDP und die Entwicklung in der SBZ – und hier verfügte Külz über beeindruckende Argumente. Er konnte sich jedoch nicht in gewünschtem Maße durchsetzen, obwohl Heuss, der bis dahin präsiert hatte, ihm nun den Vorsitz überließ. Auf seiner Stuttgarter Konferenz hatte der US-Zonenvorstand sich schließlich darüber geeinigt, daß ein Vertreter der SBZ – und das hieß Külz – als Führer der Partei nicht annehmbar sei, da diese dann unter sowjetischen Einfluß geraten werde. Damit war Külz’ Konzeption gescheitert, auch wenn er schließlich zusammen mit Theodor Heuss zum „gleichberechtigten Vorsitzenden“ der „Demokratischen Partei Deutschlands“ gewählt wurde.⁶² Der geteilte Vorsitz symbolisierte die Teilung Deutschlands, die sich allmählich ankündigte – wenn auch ihre Anzeichen vorerst nur von Wenigen wahrgenommen wurden.

Anfang April unternahm Külz eine ausgedehnte Reise in die britische Besatzungszone, wo am 20. des Monats Landtagswahlen stattfanden, um Franz Blücher und seine FDP im Wahlkampf zu unterstützen. Er sprach in Berleburg, Siegen, Köln und Aachen sowie gemeinsam mit Lieutenant in Kiel, Neumünster, Oldenburg, Lüneburg, Lübeck, Osnabrück, Bremen, Minden und Braunschweig.⁶³ Die Krise um den Berliner SPD-Oberbürgermeister Ostrowski, den seine Partei wegen seiner engen Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Chef der Alliierten Stadtkommandatur, General Kotelnikow und der SED im Stadtparlament heftig angriff,⁶⁴ ließ ihm seine Anwesenheit in Berlin geraten erscheinen.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Ebenda. Ein Bericht in: Der Morgen (19. 3. 1947) – Külz’ Formulierung, „Heuss hatte in meiner Abwesenheit die Verhandlungen bis dahin geführt“, gleichsam als Ersatz des legitimen Vorsitzenden, entspringt wohl Külz’ Selbsteinschätzung, wie die anschließende Vorsitzendenwahl zeigt. – Text der Rothenburger Erklärung nach Külz (a.a.O.) bei Krippendorff: a.a.O., S. 146.

⁶³ Ein ausführlicher Bericht über die Unterstützung der LDP, die neun Redner entsandte, in: Der Morgen (16. 4. 1947), über Külz’ Rede in Köln: Thüringische Landeszeitung (2. 4. 1947), Der Morgen (2. 4. 1947). Siehe auch: Külz: Tagebuch, 1. April 1947.

⁶⁴ Die Mehrheit des Berliner Abgeordnetenhauses entzog Ostrowski am 17. März das Vertrauen, endgültig resignierte er am 1. Mai 1947.

Der Weg in die Krise

Denn diese Krise hatte auch die LDP berührt,⁶⁵ die Diskussion um den Weg der Partei, insbesondere ihre Einbindung in die „Blockpolitik“, wurde durch die Oberbürgermeister-Krise⁶⁶ neu und in einer dem Parteivorstand unliebsamen Richtung – auch im Hinblick auf den Koordinationsausschuß und die Liberalen der Westzonen – belebt. Die Entwicklung in Berlin, wo sich unter dem Schirm der Alliierten Kommandantur das politische Leben in offener Konkurrenz der Parteien vollziehen konnte, war von besonderer Bedeutung, sie bildete gleichsam einen Indikator für den tatsächlichen politischen Willen der Bevölkerung und ihre Akzeptanz der Parteien und ihrer Zielsetzungen. Die Lage der Stadt inmitten der SBZ ließ sie auf die dortigen Veränderungen rasch und offen reagieren, von hier gingen auch für die Westzonen wichtige Impulse aus.

Bis gegen Mitte des Jahres 1946 hatte sich die Kritik an der Politik des Parteivorstandes in engen Grenzen gehalten, doch mit dem Ende der ersten Aufbau- und Integrationsphase entstand eine wachsende innerparteiliche Opposition, vor allem in der Parteijugend, die sich besonders gegen Külz richtete. Einen Wendepunkt bildete hier die Haltung der Parteiführung im Sommer und Herbst 1946. Die starken Benachteiligungen der Partei bei den Wahlvorbereitungen durch die sowjetischen Besatzungsbehörden⁶⁷ erregten besonders bei den sehr aktiven Jugendgruppen Empörung, die den Wahlkampf in den Städten und Gemeinden sehr engagiert geführt hatten. Sie fühlten sich dabei von der Parteileitung ungenügend unterstützt, ja im Stiche gelassen und beschuldigten sie, die Interessen der Partei nicht energisch genug gewahrt zu haben. Das weitete sich rasch zum Vorwurf aus, aus opportunistischen Gründen gegenüber SMAD und SED zu nachsichtig zu agieren. Die Konflikt- und Risikobereitschaft der Parteijugend stieß sich nun zunehmend an der von der Parteiführung strikt befolgten „Einheitsfront-“ oder „Blockpolitik“, deren Konformitätszwang mit dem Demokratieverständnis vieler aktiver Parteimitglieder unvereinbar war, da sie der SED die Führungsrolle garantierte und eine offene politische Auseinandersetzung durch die Einbindung in die „Block“-disziplin unmöglich machte. Külz hielt angesichts der deutschen Situation die Zusammenarbeit aller politischen Kräfte für geboten, und die starke Be-

⁶⁵ Mit Ostrowskis Rücktritt war die Krise nicht beendet, zwar wurde Louise Schroeder (SPD) am 8. Mai zur stellvertretenden Oberbürgermeisterin gewählt, doch gegen den am 24. Juni zum Oberbürgermeister gewählten Ernst Reuter sprachen die Sowjets ihr Veto aus, sodaß die Alliierte Kommandantur am 9. Juli die Bestätigung Reuters ablehnen mußte.

⁶⁶ Külz' Tagebucheintrag (18. April 1947) gibt seine Stellungnahme im „Morgen“ wieder, entspricht nicht der Diskussion in der Partei.

⁶⁷ Siehe dazu Krippendorff: a.a.O., S. 94 ff.

tonung des deutschen Einheitsgedankens durch die SED entsprach ganz seinen gesamtdeutschen Bemühungen. Er hat zudem in der „marxistischen“ Partei nicht die Herausforderung gesehen, die viele Parteimitglieder erblickten. Seine Abgrenzung gegen die SED blieb rein formal, er beschränkte sich dabei auf globale Feststellungen, deklamatorisch und inhaltsleer. Sein Urteil über die „Vereinigung“ von KPD und SPD als einer „weltanschaulich absolut verständlichen Maßnahme“ – da sich beide Parteien nicht in ihren Zielen, sondern nur in ihren Methoden unterschieden⁶⁸ – wirft ein bezeichnendes Licht auf sein Demokratieverständnis. Es ist ihm daraus besonders von jenen Parteimitgliedern ein Vorwurf gemacht worden, die aus der SPD in die LDP übergetreten waren, um sich der erzwungenen Vereinigung mit der KPD zu entziehen: Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine offene Kritik nicht möglich war, bedurfte es einer derart bekundeten Rechtfertigung der erzwungenen Fusion in keiner Weise. Zwischen Külz (in dem nur eine bestimmte politische Richtung personifiziert war) und der innerparteilichen Opposition bestand ein grundsätzlicher Dissens: Külz war bereit, auch undemokratische Verfahrens- und Verhaltensweisen in Kauf zu nehmen, wenn dies die Kooperation mit den Sowjets und der SED geboten scheinen ließ, die er um des Primats der deutschen Einheit willen für erforderlich erachtete. Seine innerparteilichen Gegner aber vertraten, belehrt durch das Schicksal der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, den Standpunkt, daß auch eine nur temporäre, ja fallweise Sistierung demokratischer Prinzipien den Neuaufbau Deutschlands schwer belasten, das politische Leben korrumpieren müsse und nicht, wie Külz meinen mochte, später, in einem geeinten Deutschland, reparabel sei. Sie betrachteten die von der SED eingenommenen Machtpositionen als eine ernste und dauerhafte Bedrohung der deutschen Demokratie, als eine Hypothek für Gesamtdeutschland – eine Auffassung, die Külz nicht teilte.

Diese Bereitschaft, sein Ziel auch unter zumindest partiellem Verzicht auf Demokratie als Methode politischen Handelns und Verhaltens zu erreichen, zeigte sich auch in seinem Urteil über Schumacher und die SPD. Schon im Februar 1947 hatte der Führer der deutschen Sozialdemokratie für seine Teilnahme in einer von Eugen Schiffer angeregten Konferenz der vier großen Parteien – LDP, CDU, SED und SPD – über die deutsche Frage wie auch für die im März von der CDU geplanten die Bedingungen gestellt, daß zum einen daran alle, auch die kleinen, Parteien geladen würden, die für die deutsche Einheit eintraten, und zum anderen, daß die SPD in der SBZ wieder zugelassen werden müsse. In seiner Begründung dieser Bedingungen hat Schumacher exemplarisch jene prinzipielle Frage formuliert, die auch die LDP-Opposition von Külz trennte: „Es ist die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratie auf deutschen Boden und

⁶⁸ Thüringische Landeszeitung (4. 2. 1947).

damit die nationale Frage schlechthin.“⁶⁹ Külz hat dies nie so gesehen, er hat es offenbar auch nie als Problem begriffen. Im „Morgen“ bezichtigte er Schumacher des Mangels an „gutem Willen“ und schalt den SPD-Vorsitzenden heftig ob seines obstruktiven Verhaltens, das eine potentielle gemeinsame Deutschland-Initiative verhindere. Auch auf dem Parteitag des Berliner Landesverbandes am 30. Mai griff er Schumacher aufs Heftigste an.⁷⁰ Entsprechend abfällig notierte er auch in seinem Tagebuch über Schumacher: „ein sehr wirkungsvoller Demagoge von geistvoller Ideologie, aber ohne den geringsten Schein staatsmännischer Begabung“⁷¹ – ein Urteil, das für sich selbst spricht.

Es war nicht nur dieses oft und demonstrativ bezeugte Einverständnis mit der SED und ihrer Politik, das Kritik an Külz' politischer Linie hervorrief, sondern auch seine Polemik gegen die CDU. Daß Külz in ihr den Rivalen der LDP im Kampf um das nicht-sozialistische Wählerpotential sah, war berechtigt, auf diesem Felde konkurrierten die beiden Parteien. Doch befremdete es, daß er seine heftige Polemik auch nach den Wahlen fortsetzte, denn in der Politik vor Ort, im politischen Alltag der Gemeinderäte, Kreistage und Länderparlamente erleichterte es nicht eben die Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Kräfte. Daß die CDU daran Anstoß nahm und Külz dieses politischen Fehlverhaltens zieh, bestärkte ihn freilich in seiner Haltung nur noch mehr. Trotzdem haben die Vertreter der beiden demokratischen Parteien in der praktischen politischen Arbeit zumeist eng und gut zusammengearbeitet – um so mehr stieß Külz mit seiner hartnäckigen Gegnerschaft hier auf das Unverständnis, ja die Ablehnung vieler Parteiaktivisten.

Diese Gegensätze zwischen den beiden Richtungen in der Partei wiesen zumindest teilweise Züge eines Generationenkonflikts auf: Hier Külz, dessen Mentalität und Verhaltensweise noch ganz von der Weimarer Zeit mit ihren wilhelmischen Relikten geprägt waren, der eine (modifizierte) Wiederanknüpfung an diese Traditionen anstrebte, und ihm gegenüber die Generation der Söhne⁷² und Enkel, geschockt vom Erlebnis des deutschen Zusammenbruches, geprägt vom Erkennen der Schuld des NS-Re-

⁶⁹ Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden, Freiheit. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Bonn [1954], S. 27.

⁷⁰ Der Morgen (23. 3. 1947), siehe auch den Bericht über die Besprechung von CDU und SPD in Hannover Ende Mai in: Der Morgen (30. 5. 1947). – Bericht über den Berliner Parteitag: Der Kurier (31. 5. 1947). Vgl. auch Neues Deutschland (3. 6. 1947): „Die Ostzone bezeichnete Dr. Külz als die demokratischste Zone“ (Bericht über den Parteitag).

⁷¹ Külz: Tagebuch, 22. März 1947.

⁷² Man vergleiche die entschiedene Haltung von Helmut Külz im thüringischen Konflikt vom Herbst 1947 (vgl. Stenographischer Bericht des Thüringischen Landtages. Band 1. 1946/47, S. 692 ff., siehe auch Külz: Tagebuch, 7. November 1947) mit jener seines Vaters.

gimes und der eigenen Teilhabe, desillusioniert, dem großen Wort mißtrauend. Das aber war Külz zu eigen; seine emotionsbestimmte Sprache, der es an normativer Begrifflichkeit mangelte, die zum Allgemeinen tendierte, verschwommen blieb, entsprach dieser zur Skepsis neigenden Generation nicht.⁷³

Dieses politische Konfliktpotential wurde durch Külz' autoritäre Handhabung des Parteivorsitzes, seinen gelegentlich wenig skrupulösen Umgang mit institutionellen Verfahrensweisen, wo er oft mehr als Führer denn als Vorsitzender agierte, noch verstärkt. In der Auseinandersetzung mit dem Berliner Landesvorstand zu Beginn des Jahres 1947, als dieser in die Debatte über die Sozialisierung der sequestrierten Produktionsmittel eingriff⁷⁴ und dem Parteivorstand vorwarf, den Sozialisierungstendenzen nicht entschieden genug entgegenzutreten,⁷⁵ durfte Külz die Mehrheit der Partei, vor allem der jüngeren Mitglieder, noch auf seiner Seite wissen, doch die immer stärker hervortretende Dominanz der SED, die zunehmende Verankerung ihres Einflusses in den staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsorganen ließ die Unzufriedenheit in der Partei anwachsen. Den Dissens konnte auch Külz' entschiedenes Eintreten für den LDP-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener, nicht überdecken, als er dessen Entschluß, die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz am 6.-7. Juni entgegen sowjetischen Wünschen zu besuchen, mit seiner Parteinahme für Hübener beim Vorsitzenden der SMAD, Marschall Sokolowskij, unterstützte.⁷⁶ Denn Külz lastete das Scheitern dieser Beratungen über eine gemeinsame deutsche Zukunft, für die er sich so sehr engagiert hatte, ausschließlich den westlichen Teilnehmern und ihren Besatzungsmächten an.⁷⁷ Dagegen nahm eine große Versammlung der Berliner LDP-Jugend offen Stellung. Sie griff das SED-konforme Verhalten der SBZ-Ministerpräsidenten heftig an und forderte die Parteileitung auf, die „totalitäre Politik der SED“ nicht länger zu tolerieren, eine Kritik, die in der Erklärung des Berliner Landesverbandes vom 9. Juni wieder

⁷³ Dieser sich in der Sprache manifestierende Unterschied zeigt etwa ein Vergleich der Rede Külz' mit jener des Leipziger Studentenrats-Vorsitzenden, Wolfgang Natonek, auf dem Eisenacher Parteitag (2. Parteitag der LDP in Eisenach, 4.-7. Juli 1947. Berlin 1947).

⁷⁴ Die Diskussion wurde vom Vorsitzenden des „linken“ Leipziger Bezirksverbandes, von Stoltzenberg, mit einem Schreiben an Külz im Februar 1947 eröffnet (Krippendorff: a.a.O., S. 73 ff.).

⁷⁵ Vgl. Gegen Sozialisierung. Reden der Stadtverordneten Schwennicke, Dr. Reif, Schöpke und Markewitz in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Hrsg. LDP Landesverband Berlin. Berlin 1947.

⁷⁶ Siehe dazu Külz: Tagebuch, 2. Juni 1947; Krippendorff: a.a.O., S. 131 ff. – Hübeners feste Haltung führte zur Teilnahme aller fünf Ministerpräsidenten der SBZ.

⁷⁷ Der Morgen (10. 6. 1947).

aufgegriffen wurde. Da auch der Landesverband Thüringen zu einer ähnlichen EntschlieÙung kam,⁷⁸ von der zudem der Berliner „Abend“ – anonym – unterrichtet wurde,⁷⁹ reagierte die SMAD mit Unwillen, Külz zufolge drohte Karlshorst sogar, den Eisenacher Parteitag zu untersagen,⁸⁰ zumal die Angelegenheit weitere Publizität erhielt: Als Külz in der „Thüringischen Landeszeitung“ einen Artikel veröffentlichte, in dem er angesichts der Unruhe in der Partei zu vermitteln suchte, griff der „Abend“ dies erneut auf.⁸¹ Da die Stimmung in der Partei Befürchtungen über den Verlauf des Parteitages auch im Vorstand aufkommen ließ, veröffentlichte dieser am 18. Juni eine Erklärung zur Münchner Konferenz, die Külz' Stellungnahme vom 10. Juni deutlich korrigierte und auf Schuldzuweisungen verzichtete.⁸²

Damit schien der Opposition zunächst ein zentrales Argument in der innerparteilichen Auseinandersetzung genommen: Die Korrektur des Parteivorstandes sprach gegen eine autoritäre Parteiführung durch Külz. Doch auch mit einem solchen geschickten Schachzug war der Konflikt zwischen den beiden Richtungen in der Partei⁸³ nicht beizulegen, und die Opposition blieb entschlossen, ihn auf dem Parteitag zur Sprache zu bringen – Külz wurde von sowjetischer Seite vorsorglich darüber informiert.⁸⁴ Auch die vorbereitende Sitzung des Parteivorstandes in Halle konnte die Kluft nicht überbrücken.⁸⁵ Als am 7. Juli die Neuwahl des Vorstandes durch die Delegierten auf der Tagesordnung stand, gab Anton Schöpke im Namen der Berliner Delegierten, die als Sprecher der Opposition fungierten, eine Erklärung ab, in der Külz' Wiederwahl zum Parteivorsitzenden abgelehnt wurde, denn Külz habe, „ganz gewiß von der Sorge um Partei und Vaterland getrieben“, „eine Haltung nach außen gezeigt, die den Namen der Partei mit dem schädlichen Odium des Opportunismus behaftet hat“.⁸⁶

⁷⁸ Krippendorff: a.a.O., S. 132 f.

⁷⁹ Eine umstrittene Erklärung, in: Der Abend (11. 6. 1947), vgl. auch Berliner Zeitung (11. 6. 1947); Der Kurier, 11. 6. 1947.

⁸⁰ Külz: Tagebuch, 19. Juni 1947.

⁸¹ Wilhelm Külz: Auf der Suche nach neuen Wegen, in: Thüringische Landeszeitung (15. 6. 1947). Ein Kommentar dazu in: Der Abend (16. 6. 1947).

⁸² Der Morgen, 19. Juni 1947.

⁸³ Ds.: Zweierlei Liberaldemokraten, in: Der Telegraf (21. 6. 1947). – Siehe dazu Külz: Tagebuch, 23. Juni 1947.

⁸⁴ Tagebuch, 1. Juli 1947.

⁸⁵ Der Morgen (1. 7. 1947). – Die beiden EntschlieÙungen in: Thüringische Landeszeitung (2. 7. 1947).

⁸⁶ Text in: Zwischen Verständigungsbereitschaft (wie Anm. 50), S. 116 f.

Külz konnte diese Attacke gelassen über sich ergehen lassen. Er hatte in Halle dem Landesvorsitzenden der Partei seine Sicht der Dinge eindringlich dargelegt, überzeugt, „daß ein sich jetzt vollziehender Wechsel im ersten Vorsitz der Partei verheerende Folgen haben müßte“.⁸⁷ Daß dies zu einer extremen Belastung des Verhältnisses zur SMAD führen werde, dessen waren sich die Delegierten bewußt, und die Mehrheit der Zonen-delegierten scheute vor diesem schwer kalkulierbaren Risiko zurück. So verlief Külz' Wiederwahl programmgemäß. Der Berliner Landesverband, gegen den in der Zonenpresse besonders im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Landespräsidenten von Thüringen, Fröhlich, Stimmung gemacht worden war,⁸⁸ geriet sogar in Bedrängnis: Ihm wurde im Hinblick auf seine besondere Situation nahegelegt, einen eigenen Zonenverband zu bilden. Als auch noch die Berliner Repräsentanz in den Führungsgremien – satzungsgemäß – reduziert wurde, sah sich Schwenicke zu einem aufsehenerregenden Schritt veranlaßt: der Berliner Landesverband zog seine Vertreter aus dem geschäftsführenden Parteivorstand zurück und verzichtete auf eine Beteiligung an der Zonenparteileitung. Külz hatte einen entscheidenden Sieg errungen – freilich um einen hohen Preis: den Verzicht auf das anstößige demokratische Potential der Berliner Partei. Danach war es nur eine Frage der Zeit, bis die in Eisenach begonnene Separierung der LDP von Gruppen mit anderem Demokratieverständnis auch ihre Isolierung von den liberalen Parteien der Westzonen zur Folge hatte.

Derartige Überlegungen waren Külz freilich fern. „Das politische Ergebnis war groß“, beurteilte er den Parteitag, und den Konflikt mit dem Berliner Verband wertete er als bloße „Meinungsverschiedenheiten“, die „keine über das politische Gedankengut der Partei, sondern über die persönliche Taktik“ seien. „Persönlich“, so notierte er, „haben mich diese Divergenzen nicht im geringsten berührt, wenschon ich sie lebhaft bedauere.“⁸⁹

Die Krönung seines Triumphes erfolgte in Berlin. Hier trafen sich im Anschluß an die Eisenacher Veranstaltung – Heuss hatte dort eine vielbeachtete Rede gehalten⁹⁰ – die Zonenvorstände der Partei, deren Konferenz die Beachtung aller vier Besatzungsmächte fand: Schließlich wurde hier der Versuch unternommen, eine alle Zonen umfassende Parteiorganisation zu schaffen. Die sehr stark von der LDP bestimmten „Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands“ wurden gebilligt, man kam überein, einen an Weimar anknüpfenden Verfassungsentwurf auszuarbeiten

⁸⁷ Tagebuch, 1. Juli 1947.

⁸⁸ Tagebuch, 2. Juli 1947.

⁸⁹ Tagebuch, 12. Juli 1947. Vgl. dazu jedoch den Eintrag vom 1. Juli 1947.

⁹⁰ Die Rede Heuss' in: Der Morgen, 8. Juli 1947.

und in Berlin und Frankfurt Informations- und Koordinationsstellen für die politische Arbeit zu schaffen. Külz betrachtete dies als einen wichtigen Schritt zur „Reichspartei“⁹¹ – er übersah dabei, daß alle Vereinbarungen der Zustimmung der Zonenverbände bedurften, in denen zunehmende Kritik am Vorstand der LDP laut wurde. Als „ein schönes und weithin leuchtendes Beispiel politischer Einheit“⁹² hat es wohl vor allem Külz gesehen.

Daß Külz die Berliner Situation fehl einschätzte, zeigte sich schon Anfang August. Die Haltung der Berliner Repräsentanten in Eisenach war zwar auf einer Versammlung der Delegierten des Landesverbandes am 21. Juli eindeutig gebilligt worden,⁹³ aber die Anhänger des Zonenvorstandes mobilisierten ihren Anhang in den Orts- und Bezirksgruppen, es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, so daß Neuwahlen des Vorstandes angesetzt wurden. Carl Hubert Schwennicke wurde jedoch trotz intensiven Bemühens der Külz-Anhänger erneut zum Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt, dem auch Külz selbst angehörte – ein Vorgang, der ihn, wie seine Aufzeichnungen verraten, offenbar sehr getroffen hat, wenngleich er den ganzen Konflikt als „kleinliche Zänkereien“ abzutun suchte.⁹⁴

Bei diesem Mißerfolg in Berlin sollte es indes nicht bleiben. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Hermann Kastner, galt als SMAD-hörig, gegen ihn hatte sich eine starke Opposition gebildet, die auf seine Abwahl drängte.⁹⁵ Verfahrensfragen schoben jedoch den satzungsgemäßen Parteitag mehrfach hinaus, bis er schließlich am 23. Oktober in Bad Schandau zusammentrat.⁹⁶ Külz nahm auch hier energisch Kastners Partei, doch ungeachtet aller Anstrengungen und Stützungsversuche von sowjetischer Seite unterlag sein Kandidat, allerdings nicht, wie Külz notierte, wegen seiner Lebensart und Verhaltensweise. Die SMAD-Vertreter wußten diese Mißtrauensbekundung gegen Kastner sehr viel treffender einzuschätzen: „Die Russen“, schreibt Külz, „waren sehr ungehalten über die Nichtwiederwahl Kastners“.⁹⁷ Külz' Beschwichtigungsversuche haben sie gewiß nicht überzeugt, zumal sie über die eifrigen Koordinierungsbemühungen der Kastner-Gegner im Vorfeld des Parteitages wohl unterrichtet waren.

⁹¹ Siehe: Der Morgen, 10. Juli 1947.

⁹² Tagebuch, 12. Juli 1947.

⁹³ Text der Resolution in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 118.

⁹⁴ Siehe Tagebuch, 18. August 1947, vgl. auch ebenda, 4. August 1947.

⁹⁵ Zu Kastner siehe auch Tagebuch, 19. September 1947.

⁹⁶ Berichte über den Parteitag in: Sächsisches Tageblatt, 24.–27. 10. 1947; Tagespiegel, 28. 10. 1947.

⁹⁷ Tagebuch, 24. Oktober 1947.

Was Külz für diese Fehlschläge und die Mißhelligkeiten des Partei-
amts-Alltages entschädigte, war die Akzeptanz und Bewunderung, die ihm
von seiten einfacher Parteimitglieder bei seinen Reden in den Orten der
SBZ bekundet wurde, und auch die geschäftige Dienstfertigkeit lokaler
Parteigrößen, deren Eitelkeit vom Glanze des Reichsministers a. D. und
Parteivorsitzenden zu partizipieren suchte, rechnete er der gebührenden
Verehrung zu. Um so mehr war er von der Kühle betroffen, mit der man
ihn in Hamburg begegnete.⁹⁸

Es war dies ein Zeichen der Distanzierung der westlichen liberalen Par-
teien von der LDP. Sie wurde Külz in ihrem ganzen Ausmaß auf der Vor-
standssitzung der DPD am 3. November in Frankfurt vor Augen geführt.
Die Vormittagssitzung unter Külz' Vorsitz erledigte ihre Arbeit ziemlich
reibungslos, die bereits in Berlin erörterte Einsetzung einer Verfassungs-
kommission wurde beschlossen, Külz erhielt den Auftrag, ihr einen Ent-
wurf vorzulegen. Doch als Külz die Frage einer deutschen Repräsentation
für die Londoner Außenministerkonferenz aufwarf, fand er eine entschie-
dene Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SED durch die westlichen
Delegierten, die in dieser Partei ein Instrument der Sowjets erblickten.
In der von Heuss geleiteten Nachmittagssitzung nahmen Külz und Lieute-
nant dann zu den Vorwürfen gegen die LDP Stellung, auf der besonders
die im Namen der „Blockpolitik“ betriebene Unterordnung der Partei un-
ter SED und SMAD kritisiert wurde, so wie sie in der Auseinandersetzung
um den Marshallplan zutagegetreten war. Külz versicherte, daß es sich
nur um „eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Besatzungs-
macht“ handle, die „LDP kenne kein willenloses Nachgeben gegenüber
dem Druck der Besatzungsmacht“. Er vermochte seine Partner nicht zu
überzeugen: Thomas Dehler konstatierte trocken, „daß in der Blockpoli-
tik vom demokratischen Standpunkt aus doch alles schiefgegangen“ sei.
Auch die Berichterstattung des „Morgen“ wurde heftig angegriffen.⁹⁹
Külz hat in seinem Tagebuch diese ausführliche kontroverse Diskussion
sehr kurz behandelt, er bemerkte dazu: „Das Vorurteil gegen die Ostzone
war auffällig entwickelt und an kritischen Bemerkungen fehlte es nicht
...“, schob dies aber darauf, „daß das Denken und Fühlen hinter Zonen-
schlagbäumen schon sehr weit fortgeschritten ist.“¹⁰⁰

Immerhin konnte er für sich verbuchen, daß wenigstens die von ihm
angeregte gemeinsame Resolution der Konferenz an die Alliierten – aller-
dings nicht an die Londoner Außenministerkonferenz, und nicht in Külz'

⁹⁸ Tagebuch, 27. Oktober 1947; Norddeutsche Zeitung, 30. 10. 1947.

⁹⁹ Vgl. den Protokoll-Auszug in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 94–98.
Berichte über die Konferenz in: Der Morgen, 5. 11. 1947; Berliner Zeitung, 6. 11.
1947.

¹⁰⁰ Tagebuch, 4. November 1947.

Formulierung¹⁰¹ – verabschiedet wurde: Sie forderte „die baldige Ausschreibung von allgemeinen, unbeeinflussten demokratischen Wahlen bei ungehinderter Zulassung und Entfaltung aller demokratischer Parteien in allen Besatzungszonen und die Bildung einer deutschen Gesamtregierung nach dem Willen des deutschen Volkes“.¹⁰² Külz mußte wissen, daß eine derartige Forderung für die Sowjets unannehmbar war: Sie bedingte die Wiedenzulassung der SPD in der SBZ und hätte die SED zur Randerscheinung degradiert. Aber auch wirklich freie und geheime Wahlen im gesamten Deutschland hätten, selbst wenn die SPD in der SBZ nicht zugelassen würde, die SED in die Rolle einer machtlosen Opposition gedrängt. Daher die Forderung der SED und SMAD, zuerst und paritätisch – zonenparitätisch – eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden, um die Beteiligung dieser Partei an der Machtausübung zu garantieren, wobei man sehr wohl wußte, daß die westlichen Parteien ein derartiges Vorgehen ablehnten, weil es den Prinzipien der Demokratie strikt widersprach.

Nach seiner Rückkehr hatte sich Külz erneut mit dem oppositionellen Berliner Landesverband zu befassen, dessen Vertreter ihn und Lieutenant in Frankfurt mit höchst unangenehmen Fragen konfrontiert hatten. Trotz des eindeutigen Votums für Schwennicke im August hatte dieser sich gezwungen gesehen, für den 7. November eine Delegiertenversammlung einzuberufen. Denn die unabhängige Haltung des Berliner Verbandes wurde von der SMAD als gegen die sowjetischen Interessen gerichtet beurteilt, der Zonenvorstand unternahm daher den Versuch, die Berliner Bezirksvorstände auf seine Seite zu ziehen und den Landesvorstand zu stürzen. Die Konferenz brachte Külz nicht den gewünschten Erfolg, der nach Berlin geflüchtete frühere Leipziger Bezirksvorstand Hans Reif, der schon während der Vorbereitungen für den Eisenacher Parteitag zur tatkräftigen Opposition gegen den Zonenvorstand gehört hatte, legte in einer beeindruckenden Rede die Haltung des Landesverbandes und die Gravamina dar, die gegen die Politik des Zonenvorstandes vorzubringen waren. Külz' Kunstgriff, den Landesverband zur Rückkehr in das oberste Gremium der Partei aufzufordern, verfing nicht, doch Lieutenants Vorschlag, die Angelegenheit im Hauptausschuß der Partei zu behandeln, ermöglichte einen akzeptablen Abgang. Damit war die Auseinandersetzung, wie Külz notierte, jedoch nur verlagert. Denn Külz konnte sich im Hauptausschuß zwar auf die fünf Landesverbände der SBZ stützen, doch war nicht anzunehmen, daß sich Berlin dieser Mehrheit unterwarf.

¹⁰¹ Krippendorff: a.a.O., S. 148. Das Protokoll in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 97, gibt eine etwas verkürzte Fassung.

¹⁰² Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 97.

Der Bruch

Diese Konstellation mußte letztlich zur Trennung der Berliner Organisation, die im Schutze der Westmächte agierte, von der Zonen-Partei führen, deren Vorstand sich des sowjetischen Druckes nicht zu erwehren verstand. Den Anstoß zu einer unerwarteten Beschleunigung dieser Entwicklung gab die Londoner Außenministerkonferenz (25. November – 15. Dezember 1947). Da die westlichen und östlichen Interessen weiterhin als kaum vereinbar eingeschätzt wurden, inszenierte die SMAD eine gesamtdeutsche Initiative: Am 26. November rief die SED zur Bildung eines „Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden“ auf, eines Gremiums, das der Londoner Konferenz eine machtvolle Bekundung des deutschen Willens zur Einheit übermitteln sollte. Das Echo war enttäuschend: Die aufgerufenen Organisationen der Westzonen lehnten es mit Ausnahme der KPD ab, als Repräsentanten ohne Mandat zu handeln. Auch die beiden anderen Parteien der SBZ hielten sich zurück. Oberst Sergej Iwanowitsch Tjulpanow, der in der SMAD für die politisch-ideologischen Fragen zuständig war, lud daraufhin Külz und Lieutenant für den 28. November zu einer Unterredung,¹⁰³ in deren Verlauf er die LDP zur Teilnahme am „Volkskongreß“ aufforderte. Külz erbat sich Bedenkzeit, denn es „handelt sich hierbei“, wie er schreibt, „um eine Frage von ungeheurer Tragweite, in der ich mich nicht entschließen möchte, ohne die Auffassung des Parteivorstandes kennenzulernen.“¹⁰⁴ Dieser trat am 1. Dezember zusammen. Trotz Bedenken entschied er sich für eine Teilnahme an dieser „Volksbewegung“ im übergeordneten Interesse der deutschen Einheit. Am folgenden Tage lehnte der CDU-Vorstand eine Beteiligung ab – am 19. Dezember erzwang Tjulpanow, der zuvor das CDU-Vorstandsmitglied Otto Nuschke für die sowjetische Position hatte gewinnen können, die Absetzung der beiden Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, tags darauf erklärte er, daß die SMAD die Beziehungen zu ihnen abbreche.

Külz sprach als Repräsentant der LDP auf dem Kongreß, er gehörte dem Präsidium an und wurde mit Pieck und Grotewohl für jene Abordnung nominiert, die dessen Forderungen den Außenministern vortragen sollte¹⁰⁵ – eine Aufgabe, die er politisch für erforderlich hielt, auch wenn ihm persönlich „all die ungeheuren Strapazen und Verantwortungen . . ., die mit einer solchen geschichtlichen Aktion verbunden sind“, eine schwe-

¹⁰³ Der Kurier, 28. 11. 1947.

¹⁰⁴ Tagebuch, 28. November 1947.

¹⁰⁵ Der Morgen, 2. 12. 1947; Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 99 f.

re Last bedeuteten.¹⁰⁶ Er war sich jedoch bewußt, daß kaum Aussicht bestand, diesen Auftrag ausführen zu müssen. Und er gab dem Unterfangen auch deshalb wenig Erfolgchancen, weil es nur von einem kleinen Teil der politischen Kräfte Deutschlands getragen wurde, wofür er vor allem Kurt Schumacher und die SPD verantwortlich hielt. Auch hier setzte sich, wenn auch wohl auf Tjulpanows Drängen hin, die Forderung nach deutscher Einheit gegenüber dem Willen zur Demokratie durch. Es muß offen bleiben, ob er den Gedanken, daß bei einer Verweigerung der LDP nach dem Vorbild der CDU man mehr Demokratie für die SBZ erreichen könne, überhaupt erwogen hat. Aus seinen Notizen ist zu entnehmen, daß er diese Deutschland-Initiative nicht der SED allein überlassen wollte. Daß SMAD und SED entschlossen waren, ungeachtet der Reaktionen der anderen politischen Gruppen den Kongreß zusammentreten zu lassen, ist ihm offenbar im Gespräch mit Tjulpanow klar geworden. Külz sah es als die wohl letzte Chance der deutschen Einheit, denn schon Mitte September hatte Tjulpanow ihm in einem Gespräch mitgeteilt,¹⁰⁷ daß die Sowjets einen separaten „Ost-Staat“ zu schaffen beabsichtigten, falls die Londoner Verhandlungen der Außenminister nicht zu einer mit den sowjetischen Zielsetzungen zu vereinbarenden Übereinkunft führten, und es konnte auch Külz nicht entgehen, daß seit der Errichtung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) laut SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. Juni 1947 hierfür bereits ein institutioneller Rahmen geschaffen worden war. Die Einheit Deutschlands war die einzige Alternative zu diesem „Ost-Staat“, in dem die SED bestimmende politische Kraft war; in einem Gesamtdeutschland, so mochte er hoffen, lag die Majorität bei den Demokraten. Dabei übersah er allerdings gänzlich, welche politischen Voraussetzungen von den Sowjets für dieses Gesamtdeutschland zur Bedingung gemacht wurden, und er wollte nicht akzeptieren, daß die demokratischen Kräfte in den Westzonen, eingedenk der Erfahrungen von Weimar und der NS-Zeit, sich den sowjetischen Forderungen nicht unterwerfen wollten. Denn die Einübung in Demokratie hatte eben erst begonnen, und man war sich wohl bewußt, daß die zwölfjährige Indoktrinierung des NS-Regimes in Mentalität und Verhaltensweisen der Bevölkerung Spuren hinterlassen hatte, die auch bei gutem Willen nur langsam zu überwinden waren. Und die Erfahrungen mit der KPD in der Weimarer Republik ließen deren Nachfolgeorganisation, die in so offener Übereinstimmung mit der sowjetischen Politik handelte, mit großem Mißtrauen begegnen – einem Mißtrauen, dessen Berechtigung die schweren kommunistischen Unruhen des

¹⁰⁶ Tagebuch, 8. Dezember 1947. – Der Text bei Manfred Bogisch: Wilhelm Külz. Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1984, S. 136 f., ist im ersten Absatz durch Kürzung entstellt.

¹⁰⁷ Tagebuch, 19. September 1947.

Spätherbst 1947 – Folge des auf der Kominform-Konferenz von Schreiberhau (22.–27. September 1947) dekretierten Kurswechsels – in Frankreich und Italien, die besonders die Pariser Regierung in ernste Bedrängnis brachten, nachdrücklich bestätigte.

So mußte Külz' Entscheidung für die SED-Politik seine Beziehungen zu den westdeutschen Parteien (sieht man von der KPD ab) schwer belasten und insbesondere die DPD einer Zerreißprobe aussetzen, denn er verstieß damit gegen die Frankfurter Vereinbarungen, die als Vertretung des deutschen Volkes ausdrücklich ein aus allgemeiner freier Wahl hervorgegangenes Parlament vorsahen. Euler, der Külz schon vor der Frankfurter Besprechung heftig angegriffen hatte, forderte, ihn von den weiteren Beratungen auszuschließen.¹⁰⁸ Auch die anderen westdeutschen Parteiführer bezogen entschieden Stellung gegen Külz.¹⁰⁹

Theodor Heuss hat in seinem Brief vom 19. Dezember an Külz dann die Kritik an dessen Haltung zusammengefaßt. Es sei „eine Erbitterung, wenn nicht Verbitterung, über Ihre Mißachtung der Grundlage der Frankfurter Beschlüsse entstanden“, so daß er von Külz' Teilnahme an der für den 18. Januar 1948 einberufenen Sitzung des Koordinierungsausschusses abrate. Und er ließ Külz wissen, daß er durch seine Beteiligung am „Volkskongreß“, mit der er vermeinte, die deutsche Einheit zu fördern, eben diese Einheit wohl gesprengt hatte: Er, Heuss „fürchte, daß die kommende Politik des Volkskongresses ein Scheidungsgefühl akzenturieren wird, das für die deutsche Gesamtlage nur unerwünscht sein kann“. Es muß Külz besonders getroffen haben, daß ihm Heuss die Haltung eines Mannes gegenüberstellte, dem sich Külz so sehr überlegen dünkte: „Ich habe die Empfindung“, fuhr Heuss fort, „daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen hatte, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind“.¹¹⁰ Lieutenants Reise nach Essen, wo er am 14. Dezember die Führer der FDP der britischen Zone von der Haltlosigkeit der Vorwürfe zu überzeugen suchte,¹¹¹ war vergeblich gewesen, auch die LDP- und FDP-Führung hatten sich der DPD angeschlossen.¹¹² Am 29. Dezember schließlich berief Ernst Mayer in Heuss' Auftrag den Koordinationsaus-

¹⁰⁸ Siehe: LDP-Kurier. Mitteilungsblatt der LDP Hessen, 1. und 8. 12. 1947. Külz' Reaktion siehe: Tagebuch, 16. Dezember 1947.

¹⁰⁹ Vgl. die Stellungnahmen Dehlers, Heuss' und Eulers in: Der Telegraf, 13. 12. 1947 („DFP gegen Dr. Külz“).

¹¹⁰ Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 103. Siehe unten, Dokument 4.

¹¹¹ Tagebuch, 16. Dezember 1947.

¹¹² Middelhaues Erklärung über die Einberufung der Konferenz der LDP/FDP-Führer und eine erweiterte Kritik Eulers in: Der Kurier, 19. 12. 1947 („Konferenz über den Fall Külz“).

schuß, den provisorischen Vorstand der DPD, zum 18. Januar 1948 nach Frankfurt ein. Auch die Vertreter der LDP wurden – mit Ausnahme von Külz – geladen. Thema der Konferenz war die causa Külz.¹¹³

Eine derartige Eskalation des Konfliktes war für den Vorstand der SBZ-LDP überraschend und alarmierend. Da Külz an seinem Volkskongreß-Engagement festhielt, konnte allenfalls eine Beilegung des Streites mit dem Berliner Landesverband die Spannungen etwas mildern; so wurde versucht, auf der Tagung des Hauptausschusses der LDP in Weimar (5.–7. Januar 1948) die Berliner Vertreter zu einem Nachgeben zu bewegen. Doch trotz massiver Einschüchterungsversuche des SMAD-Vertreters Oberstleutnant Nasarow, eines engen Mitarbeiters Tjulpanows, der als „Betreuungsoffizier“ der Parteien fungierte,¹¹⁴ gab Schwennicke – bei aller formalen Verbindlichkeit – in der Sache nicht nach. Es zeigte sich hier, daß Külz mit seinem Entscheid vom 1. Dezember 1947 den Bogen überspannt hatte. Zwar zog der Jugendausschuß der Partei nach eindringlichen Vorstellungen seinen Mißtrauensantrag gegen den Parteivorsitzenden schließlich zurück, doch Külz mußte einen Beschluß des Hauptausschusses hinnehmen, der den Parteivorstand verpflichtete, den Berliner Landesvorstand zu respektieren. Darüber hinaus wurde ihm auferlegt, bei „grundsätzlichen politischen Entscheidungen“ die Landesverbände zu konsultieren, bei Unvereinbarkeit der Meinungen sollte der Hauptausschuß oder der Parteitag entscheiden.¹¹⁵ Es war ein sehr deutliches Votum gegen Külz und seine Art, die Partei zu führen.

Doch Külz war nicht bereit, diese demokratische Entscheidung zu respektieren: Schon am 9. Januar 1948 erschien im „Morgen“ eine Erklärung, in der er die Entwicklung in den Westzonen in „Volkskongreß“-Manier angriff, eine Erklärung, die durchaus grundsätzlichen Charakter besaß und mit der er gegen den eben in Weimar gefaßten Beschluß in eklatanter Weise verstieß. Der Berliner Landesverband, der allein dazu in der Lage war, reagierte auf diesen Affront gegen den Hauptausschuß, in angemessener Weise: Da Külz nicht willens war, Demokratie in der Partei zu praktizieren, forderte die Landes-Delegiertenversammlung vom 12. Januar Külz auf, sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung

¹¹³ Krippendorff: a.a.O., S. 151.

¹¹⁴ Nach einem Bericht des „Telegraf“ (9. 1. 1948) fragte Nasarow Schwennicke, ob er sich bei seiner „Hetze“ gegen die Sowjetunion nicht klar sei, daß Berlin bald nur noch eine, d. h. die sowjetische Besatzungsmacht haben werde. Angesichts der zu dieser Zeit anlaufenden Verhaftungen oppositioneller LDP-Mitglieder war diese Drohung nur allzu deutlich.

¹¹⁵ Siehe Thüringische Landeszeitung, 4., 6. und 9. 1. 1948; Der Kurier, 5., 7. und 8. 1. 1948; Tägliche Rundschau, 6. 1. 1948; Der Morgen, 7. 1. 1948; Der Abend, 8. 1. 1948; Der Telegraf, 8. 1. 1948. Vgl. auch Krippendorff: a.a.O., S. 150.

niederzulegen.¹¹⁶ Eine Gesamtberliner Funktionärstagung billigte zwei Tage darauf Schwennickes Verhalten mit überwältigender Mehrheit von 490 gegen 6 Stimmen.¹¹⁷ Am 16. Januar teilte der „Morgen“ mit, daß Külz auf seinen Sitz im Berliner Abgeordnetenhaus verzichtet habe¹¹⁸ – am 20. rief die Zeitung die Berliner auf, eine neue „Landesgruppe Berlin“ der Partei zu bilden, um der „Parteizersplitterung“ entgegenzuwirken. Dieser Bruch zwischen Külz und dem Berliner Verband überschattete das Treffen des Koordinationsausschusses in Frankfurt am Main (18. Januar). Die LDP entsandte neben Lieutenant als Külz' Stellvertreter die Parteivorsitzenden ihrer Landesverbände, daneben Johannes Dieckmann, der in der Partei als Konfident der SMAD galt. Seine Anwesenheit mag die Erklärung und Diskussionsbeiträge der LDP-Vertreter beeinflußt haben, doch wurde deutlich, daß man in der SBZ mehr Verständnis von Seiten der westlichen Parteien für die schwierige Lage der LDP erwartete. Bereitschaft hierzu war vorhanden, doch alles Entgegenkommen scheiterte an der Person Külz und, nachdem Lieutenant sich zum Mitbeteiligten an der Volkskongreßentscheidung erklärt hatte, auch an diesem. Zwar wurden ihre Namen im Kommuniqué schließlich nicht genannt, doch wurde „den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite . . . die Folgerungen zu ziehen“ – Folgerungen auch daraus, daß der Beschluß vom 3. November 1947 über die Repräsentation des deutschen Volkes durch ein frei gewähltes Parlament erneut nachdrücklich bestätigt wurde.¹¹⁹

Damit war die Konzeption einer gesamtdeutschen liberalen Partei gescheitert, denn die Ausschließung von Külz und Lieutenant machte der LDP der SBZ eine weitere Mitarbeit im Koordinationsausschuß unmöglich, wie Gaertner darlegte: „Die Ostzone könne Külz nicht opfern. Ein Scherbengericht über ihn sei für die Ostzone untragbar.“¹²⁰ Die Westzonenvertreter aber sahen keinen Sinn darin, mit einem Manne zusammenzuarbeiten, der Mehrheitsbeschlüsse nicht akzeptieren konnte oder wollte, und der dann auch seinen unveränderten Standpunkt, ein Bekenntnis aus Volkskongreß-Politik, im „Morgen“ am 23. Januar nochmals bekräftigte.

¹¹⁶ Der Kurier, 13. 1. 1948; Informationen des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands Nr. 2 (31. 1. 1948). Vgl. dazu: Tagebuch, 14. Januar 1948, 3. Eintrag.

¹¹⁷ Krippendorff: a.a.O., S. 150 f.

¹¹⁸ Schwennickes Bestätigung des Empfanges von Külz' Schreiben erfolgte erst am 27. 1. 1948 (Text in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 120 f.). Vgl. auch: Tagebuch, 28. Januar 1948.

¹¹⁹ Ein Protokoll der Sitzung in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 103–110. Bericht Moogs und Gärtners in: Thüringische Landeszeitung, 23. 1. 1948.

¹²⁰ Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 107.

Külz' Stellung war dank der Solidarität der SBZ-Repräsentanten gewahrt, seine Autorität aber und noch mehr sein Prestige hatten durch die Entwicklung der letzten Monate auch in der Zonen-LDP schwer gelitten. Er mußte es bitter erfahren, als ihm der Verleger des „Morgen“, Karl Mossner, eröffnete, daß der Verlag angesichts der Angriffe gegen seine Person auf einen Empfang anläßlich Külz' Geburtstag verzichten werde.¹²¹ Die für den 10. Februar nach Halle einberufene Sitzung des „Zentralvorstandes“ (erweiterter Parteivorstand) drohte schwierig zu werden, denn ungeachtet der in Frankfurt gezeigten „Parteidisziplin“ hatte sich auch in den Landesvorständen der Unwille gegen Külz ausgebreitet. In dieser kritischen Situation kam ihm die SMAD zu Hilfe, die auf den kooperationsbereiten und bereits bewährten Külz nicht verzichten mochte und fürchten mußte, daß die Frankfurter Verhandlungen sich auf die Hallesche Sitzung unerwünscht auswirken, ja wohl auch Külz' Position bei dem zu verhandelnden Ausschluß des Berliner Landesverbandes ernstlich gefährden könne. So bat Marschall Sokolowskij, der Chef der SMAD selbst, Külz und Lieutenant für den 7. Februar zu einer Audienz. Sie war sorgfältig vorbereitet: Külz hatte seine Anliegen schriftlich eingereicht, Sokolowskij beantwortete diese Fragen anhand eines vorgefertigten Manuskriptes. „Der Inhalt der Antworten war verblüffend“, notierte Külz.¹²² „Sokolowskij machte Zugeständnisse an unsere politischen Forderungen in einem Umfang, den ich nie für möglich gehalten hätte . . . So bekannte er sich zum Berufsbeamtentum, er bekannte sich zur freien Unternehmer-Initiative, er erklärte sich bereit, eine mittelständische Abordnung aus Handel und Gewerbe zu empfangen und sicherte uns zu, eine Verordnung zu erlassen, nach der die Sequestrierungen eingestellt werden sollen und eine andere Verordnung, die einen Abschluß der Entnazifizierungs-Komödie bis Mitte Juni ds. Jahres vorsieht.“

Es muß offen bleiben, ob Külz' Interpretation der Antworten von Wunschdenken bestimmt war oder auf nachlassender Urteilskraft beruhte, denn die sorgsam formulierten Erklärungen des Marschalls waren keineswegs eindeutige Zusagen. So hieß es etwa: „Die Frage der Sequestrierung wird geprüft, und in der nächsten Zeit wird eine Anordnung ergehen, in der wir uns bemühen werden, sowohl die Meinung der Leitung der Liberal-Demokratischen Partei als auch die anderer Parteien sowie der Gewerkschaften der sowjetischen Zone zu berücksichtigen.“¹²³ Es waren nicht einmal vage Versprechungen, die Külz als Zusagen nahm, sondern nur die Erklärung, Möglichkeiten zu prüfen, Argumente zu bedenken.

¹²¹ Tagebuch, 5. Februar 1948.

¹²² Tagebuch, 9. Februar 1948.

¹²³ Der Morgen, 11. 2. 1948.

Und er ignorierte völlig die Hinweise auf die „anderen“ politischen Kräfte der SBZ.

Wie sehr sich Külz von seinem hohen Selbstwertgefühl bestimmen ließ, zeigt auch seine Schilderung des sich an das folgende Diner anschließenden freien Gesprächs: es „war hochpolitisch und man merkte es den Russen an, daß sie froh waren, einmal die Auffassung eines deutschen Politikers über die Weltprobleme (Amerika, England, China usw.) hören zu können.“¹²⁴ Der Gedanke, daß man ihn hier aus anderen Gründen sprechen ließ, ist ihm offenbar nicht gekommen. Er sah sich als Partner, als „elder statesman“, auf dessen Ansichten die Repräsentanten einer Weltmacht Wert legten.

Derart gestärkt und mit solch' großartigen „Erfolgen“ seiner Politik ausgerüstet, hatte Külz in Halle keine Opposition zu fürchten. Der Zonenvorstand erfuhr aus seinem Bericht erstmals vom Inhalt der Unterredung – mit der Veröffentlichung des Protokolls, das Külz und Nasarow gemeinsam erarbeitet hatten,¹²⁵ wartete der „Morgen“ bis zum Tag nach der Sitzung in Halle¹²⁶ – und zeigte sich gebührend beeindruckt. Er verzichtete auf die Diskussion. So konnte Külz das „Berliner-Problem“ der Partei endlich jener Lösung zuführen, die schon auf dem Eisenacher Parteitag vorgeschlagen worden war: der Trennung. Der Berliner Antrag, den Konflikt auf einem Parteitag oder im Hauptausschuß zu behandeln, wurde abgelehnt – ein eklatanter Verstoß gegen den Beschluß des Hauptausschusses vom Anfang Januar. Statt dessen wurde Berlin aus dem Zonenverband wegen „parteischädigenden“ Verhaltens ausgeschlossen. Daß die SMAD am Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligt war, verrät die Feststellung, daß der Berliner Landesvorstand das „Vertrauensverhältnis“ zur „sowjetischen Besatzungsmacht unwiderbringlich zerstört“ habe.¹²⁷ Diesen Antrag brachte Külz selbst ein, er „wirkte wie eine Erlösung“, befand er,¹²⁸ „und wurde nach verhältnismäßig nur ganz kurzer Aussprache einstimmig angenommen“.

Das war der endgültige „Sieg“ über Berlin. Die Mahner, die auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze innerhalb der Partei, aber auch gegenüber ihren politischen Partnern drängten und, dies vor allem, auch von den Sowjets und der SED demokratische Verfahrensweisen forderten,

¹²⁴ Tagebuch, 9. Februar 1948.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Sie trug den bezeichnenden Titel: „Eine Unterredung von historischer Bedeutung. Marshall Sokolowski erfüllt wesentliche Wünsche der LDP-Führer und betont erneut die Einheit Deutschlands“ (Der Morgen, 11. 2. 1948).

¹²⁷ Text der Resolution in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 121.

¹²⁸ Tagebuch, 16. Februar 1948.

waren eliminiert, auch Querelen wie im Falle Markgraf,¹²⁹ die das Verhältnis zur Besatzungsmacht trübten, mußte Külz nun nicht mehr befürchten. So konnte er sich wieder ganz der Parteiarbeit widmen und der Vorbereitung des zweiten „Volkskongresses“, der vom 17.–18. März zusammentrat und ihn zusammen mit Pieck und dem nunmehrigen, SMAD-genehmen CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke zum Vorsitzenden des „Deutschen Volksrates“ wählte, eines 400-köpfigen Gremiums, das der Kongreß zur ständigen Vertretung des gesamten Deutschland, eine Art Vorparlament also, erklärte.¹³⁰

Wann Külz sich zu der Erkenntnis durchrang, daß die SMAD nicht daran dachte, „die wesentlichen Wünsche der LDP-Führer“ vom 7. Februar zu erfüllen, geht aus seinem Tagebuch nicht hervor; das Bewußtsein, getäuscht worden zu sein – es war freilich eher eine Selbsttäuschung – muß ihn hart getroffen haben; als Düpierte dazustehen, vertrug sich schlecht mit seinem Selbstbewußtsein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die aufsehenerregenden Vorgänge in der ČSR während des Februar 1948, die mit der Machtergreifung der Kommunisten endeten, ihm die Augen öffnen halfen. Seine Rede auf dem Landesparteitag Sachsen-Anhalt (20.–21. März) läßt noch nichts von einer Desillusionierung erkennen, sie ist noch ganz im Stile der LDP-Blockpolitik gehalten,¹³¹ allerdings kann seine Weigerung, Nasarows (d. h. der SMAD) „Empfehlung“ zu entsprechen, den in Karlshorst beargwöhnten Damerow als Landesvorsitzenden durch den als konform und kooperativ angesehenen Schwarz abzulösen¹³², ein Indiz für die Erschütterung des noch am 10. Februar zum Prinzip erhobenen „Vertrauensverhältnisses“ zur sowjetischen Besatzungsmacht sein. Daß er aber Konsequenzen aus dieser Erfahrung gezogen hat, die die Basis seiner gesamten politischen Entscheidungen seit 1945 traf, bezeugen sein Leitartikel im „Morgen“ vom 2. April, vor allem aber seine Ausführungen auf der Zonenvorstandssitzung vom 6. April.¹³³ Er erklärte dort, daß er auf

¹²⁹ Am 3. 11. 1947 verschwand der den Sowjets mißliebige Journalist Dieter Friede im Sowjetsektor Berlins. Als am 13. 11. 1947 die Stadtverordnetenversammlung sich dieser Frage annahm, kam es zum Konflikt mit dem SED-Polizeipräsidenten Paul Markgraf, dem eine Unterstützung der Sowjets bei derartigen Praktiken vorgeworfen wurde. Die LDP-Abgeordneten stimmten dem Mißtrauensantrag gegen Markgraf zu, nur Külz beteiligte sich nicht. Die SMAD zeigte sich über den Antrag erzürnt – selbstverständlich blieb er für Markgraf ohne jede Folge. Siehe: Der Kurier, 28. 11. 1947; Tagebuch, 21. November 1947.

¹³⁰ Siehe dazu: Protokoll des 2. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 17./18. März 1948. Berlin (Ost) 1948. Dort auch Külz' Rede.

¹³¹ Liberal-Demokratische Zeitung [Halle], 22. 3. 1948.

¹³² Tagebuch, 23. März 1948.

¹³³ Krippendorff: a.a.O., S. 155.

der Sitzung des Vorstandes des „antifaschistisch-demokratischen Blocks“ gefordert habe, daß in jedem Land der SBZ entweder das Innen- oder das Volksbildungsministerium von der LDP besetzt werden solle – eine scharfe Herausforderung der SED, die diese beiden Ressorts in allen fünf Ländern innehatte. Es war auch nicht zu erwarten, daß die SMAD Külz' Anspruch tolerieren werde: beiden Ressorts kam in der sowjetischen Politik große Bedeutung zu, denn dem Innenministerium unterstand die Polizei, das Volksbildungsministerium galt ob seiner Verfügung über das für die politische Bewußtseinsbildung der Kinder und Jugendlichen entscheidende Erziehungswesen gleichfalls als Schlüsselministerium. Neben dem – in der SBZ noch nicht existierenden – Verteidigungsministerium waren diese beiden Ressorts in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs durchwegs von Kommunisten besetzt. Dies alles dürfte Külz bewußt gewesen sein, auch die Vergeblichkeit seiner Forderung. Daß er sie dennoch stellte, ist wohl aus der Empörung des Enttäuschten zu verstehen. Doch für einen solchen Widerstand war es zu spät, er war zum Scheitern verurteilt.

Külz hat die von ihm eingeleitete Wendung nicht weiter verfolgen können, am 10. April 1948 nahm ihm der Tod die Führung der Partei aus der Hand. Doch der provisorische Parteivorstand, dem neben Lieutenant noch Kastner, Moog und Damerow angehörten, war entschlossen, diese neue Linie der LDP-Politik fortzuführen. Er wagte sogar die offene Konfrontation mit SMAD und SED: Er sagte die Teilnahme an den 1.-Mai-Feiern ab, da diese eine Demonstration für den Sozialismus seien.

Dieser spektakuläre Schritt kam freilich viel zu spät. Die Westmächte, mit den Schwierigkeiten der Erhaltung von 43 Millionen Menschenleben in ihren Zonen belastet und der sowjetischen Obstruktion müde, hatten den Zusammenschluß ihrer Zonen eingeleitet. Damit waren gesamtdeutsche Rücksichtnahmen für die sowjetische Politik nicht mehr erforderlich. Die LDP, die sich nun als Störfaktor zeigte, wurde „gleichgeschaltet“. Verhaftungen, Flucht und Einschüchterungen schwächten die demokratischen Kräfte in der Partei; mit tatkräftiger Förderung durch SMAD und SED übernahmen Opportunisten ihre Führung und degradierten sie zur Erfüllungsgehilfin der Politik des „Überganges zum Sozialismus“.

Külz hat diese Depravierung der Liberal-Demokratischen Partei nicht mehr miterleben müssen. Es macht die Tragik seines Lebens aus, daß er, der dem Nationalsozialismus so mannhaft entgegengetreten war und es verstanden hatte, die nationalsozialistische Herrschaft integer zu überstehen, wider seinen Willen und trotz bester Absichten und großer persönlicher Anstrengungen durch seine allzu lange allzu unkritische Zusammenarbeit mit den Sowjets dazu beitrug, einer neuen Diktatur – wenn auch der des Proletariats – den Weg zu bereiten. Er erkannte zu spät, daß eine auch nur temporäre Sistierung demokratischer Grundsätze für die Demokratie tödlich ist.

Zur Edition

Wilhelm Külz hat tagebuchartige Aufzeichnungen hinterlassen, von denen sich ein Fragment im Bundesarchiv Koblenz unter der Signatur Nr. 155 seines Nachlasses findet. Es handelt sich dabei um ein 147 Blatt umfassendes Konvolut, einer Kopie auf Schreibmaschinen-Durchschlagpapier verschiedener Provenienz, unterschiedlich nach Farbe und Format, zumeist in DIN-A4-Größe. Der überwiegende Teil des Manuskriptes ist auf einer älteren Büromaschine geschrieben, doch sind auch andere Fabrikate benutzt worden. Trotz einseitigen Beschreibens ist eine nachträgliche Paginierung mittels Paginierstempel beidseitig vorgenommen worden (S. 1–294). Die Eintragungen tragen alle die Ortsangabe „Berlin“ und sind unter dem Datum ihrer Niederschrift aufgeführt, in einigen Fällen mit mehreren Einzeleintragungen gleichen Datums. Sie beginnen jeweils auf einer Seite und sind in sich maschinenschriftlich paginiert, ihre Länge schwankt zwischen 1–4 Seiten. Sie beginnen mit dem 17. Januar 1947 und enden unter dem 6. April 1948. Eine vollständigere Fassung hat Manfred Bogisch für seine Edition „Wilhelm Külz: Aus Reden und Aufsätzen“ (Berlin-Ost 1984) benutzt. Das handschriftliche Vorwort seiner Frau¹³⁴ deutet darauf hin, daß das Originalmanuskript dieser „Erinnerungen“ auch die Jahre vor 1945 mit umfaßt, Külz wollte es, ihren Angaben zufolge, noch überarbeiten, wobei er offensichtlich auch an eine inhaltliche Erweiterung gedacht hat.

Dieses „Tagebuch“, wie diese Memoiren ihrer Form halber in der Literatur bezeichnet werden,¹³⁵ besteht nicht aus fortlaufenden täglichen Eintragungen, sondern ist sehr unregelmäßig geführt worden, in den wenigen Mußestunden des Autors, oft auch in zwei- oder mehrtätigem Abstand von den Ereignissen. Die Sprache ist streng kontrolliert, spontane Äußerungen fehlen ganz, selbst die Emotionen des Autors sind nur selten erkennbar, er tritt dem Leser als ein sehr beherrschter Mann nüchternen, faktenorientierten Denkens entgegen. Diese Glättung läßt wenig von dem Menschen Wilhelm Külz erkennen. Sichtbar wird seine Freude an den

¹³⁴ BA Koblenz. Nachlaß Külz, Nr. 155, fol. 1: „Mitten aus der Niederschrift der ‚Erinnerungen‘ nahm der Tod dem Verfasser die Feder aus der Hand. An den stillen Abenden, an denen er mir daraus vorlas, äußerte er oft, daß er das Ganze noch überarbeiten müsse, den Stoff noch besser gliedern u. die einzelnen Lebensabschnitte besser auseinanderhalten müsse. Sein letzter Lebensabschnitt aber war ihm näher als er dachte, so unterblieb diese wichtige Überarbeitung. Vielleicht aber gibt es diesen ‚Erinnerungen‘ einen besonderen Reiz, eine besondere Note, wenn unter Verzicht genauer und abstrakter Datenangaben durch vertiefte, manchmal ins Philosophische gehende Schilderungen einer Vielfalt auch persönlicher Einzelerlebnisse eine vergangene Zeitepoche den noch Lebenden ins Gedächtnis zurückgerufen u. der Nachwelt erhalten u. später einmal nahegebracht wird – gez. Erna Külz“

¹³⁵ So bei Krippendorff: a.a.O.; Bogisch: a.a.O.

Genüssen der Tafel, sein Vergnügen an gepflegter Geselligkeit, gelegentlich schlägt auch sein Verdruß über die Misere langer Fahrten in den wenig zuverlässigen Autos durch. Der sorgsam Gemessenen der Niederschrift entspricht die bedachte Selbstdarstellung des Autors, der sich um Distanz zu den kleinlichen Kontroversen des politischen Alltags bemüht¹³⁶ und, wie auch in seinen Reden und Artikeln, sich staatsmännischer Besonnenheit und Weitsicht befleißigt. Im Zentrum seines politischen Denkens stand die Einheit Deutschlands, sie dominierte so sehr, daß ihm die Wege zu ihrer Realisierung sekundär schienen – von seinem – zu späten – Erwachen im März 1948 geben die Aufzeichnungen keine Kunde, ein Zeichen, wie tief ihn diese Desillusionierung getroffen haben muß.

Denn die Einseitigkeit seiner politischen Bindung, die starke Präferenz der Sowjets, machen diese Aufzeichnung immer wieder deutlich. Dem entspricht eine Abwertung der westlichen Besatzungsmächte, die mit anderem Maßstab gemessen werden. Diese Ungleichgewichtigkeit äußert sich selbst im Alltäglichen: Bei seinem Besuch in Siegen hatten ihn die „Offiziere der britischen Kommandantur . . . zum Abendessen eingeladen, aber Balogh hatte in meinem Namen abgelehnt, so lange die Bevölkerung hungern mußte, könnten wir nicht gut an vollgedecktem Tisch sitzen“.¹³⁷ Bei sowjetischen Einladungen plagten ihn, wie das Tagebuch zeigt, derartige Skrupel nicht.

Auch seine Ausführungen über die Auseinandersetzungen um die von ihm repräsentierte Politik der Anlehnung an die Sowjetunion in der Partei und im Koordinierungsausschuß der DPD sind von dieser starken Einseitigkeit geprägt, die über das übliche Maß autobiographischer Selbstrechtfertigung¹³⁸ hinausgeht. Hier werden ganze Bereiche der den Autor und die Partei betreffenden, gravierenden politischen Entscheidungen entweder ganz ausgespart oder nur marginal erwähnt. Der tiefe Dissens über die Stellung zur SMAD und die Kollaboration mit der SED, der ja bis zu dem vom Jugendreferenten Helmut Kiefer in Weimar (6. Januar 1948) vorgebrachten, nur mit Mühe abgewendeten Mißtrauensantrag der Parteijugend gegen den Parteivorsitzenden führte, reduziert sich fast ganz auf den Konflikt mit dem Berliner Landesvorstand um Carl Hubert Schwenicke, eine Erklärung gar, was ihn – und Lieutenant – bewog, nach der Unterredung mit Tjulpanow entgegen den Vereinbarungen mit den Führern der liberalen Parteien der Westzonen auf die „Volkskongreß“-Politik

¹³⁶ Vgl. etwa: Tagebuch, 18. August 1947: „Die ganzen Vorgänge zeigen das kleine Niveau, auf dem sich die Partei in Berlin bewegt. Dies ist doppelt zu beklagen in einer Zeit, wo schicksalshafte Entscheidungen für Deutschland bevorstehen . . .“

¹³⁷ Tagebuch, 1. April 1947.

¹³⁸ Nach Franz Schnabels Formulierung: „Memoiren sind Selbstrechtfertigungen.“

der SED einzuschwenken, findet sich nicht – auch das Votum des Berliner Landesvorstandes gegen diese Entscheidung bleibt unerwähnt. Daß er auf die wichtige Besprechung der Parteiführer vom 20. und die Sitzung der Repräsentanten der „Block“-Parteien vom 24. November 1947 nicht eingeht,¹³⁹ ist dagegen schon fast unerheblich.

Manche dieser offenen Fragen, deren Beantwortung die Entscheidungen des Autors und deren Motive dem Leser verständlicher machen könnten, mag darauf beruhen, daß es zu der beabsichtigten Überarbeitung des Manuskriptes nicht mehr kam. Dennoch bleibt der Eindruck, daß Kütz vieles verdrängte, was seiner Selbsteinschätzung widersprach: Kritische Selbstreflexion, Infragestellung der eigenen Person, war seine Sache nicht. Daß ihn die Angriffe gegen seine Politik wohl doch nicht so wenig berührten, wie es nach seinen Aufzeichnungen scheint, verraten die häufigen Erwähnungen der Beifallskundgebungen und der „Begeisterung“, die ihn bei seinen Auftritten auf Parteiveranstaltungen in der SBZ entgegengebracht wurden; er schloß daraus, daß – von einigen individuellen Fällen abgesehen – sich die Opposition gegen seine Politik auf Berlin beschränkte. Eine Formulierung wie „Ostsachsen hatte wieder einmal Sehnsucht nach mir . . .“¹⁴⁰ verrät zwar eine leichte ironische Distanz, doch rührten ihn diese Sympathiebekundungen tief. Auch die Anerkennung von anderer Seite – etwa durch sowjetische Beobachter der Parteiveranstaltungen –, Piecks Lobrede und die „persönliche Huldigung der Russen für mich“ auf der Leipziger Messe, Heuss' Worte auf der Rothenburger Konferenz registrierte er sehr wohl¹⁴¹ – Kompensation der Angriffe, denen er sich ausgesetzt sah. Um so mehr befremdete ihn dann die Zurückhaltung, die ihm bei seinen Reden im westlichen Deutschland begegnete. Anteilnahme kann er konstatieren, doch nicht den begeisterten Beifall, den er in der SBZ notiert. Sein Urteil, die Bewohner der Westzone „. . . sind tatsächlich viel langweiliger, und ergeben sich fatalistisch in ihr Schicksal“,¹⁴² „. . . sind apathisch, zum Teil stumpfsinnig“,¹⁴³ läßt nicht nur die von der Besatzungsmacht geförderte, ja geforderte Beteiligung der SBZ-Bevölkerung am politischen Leben außer acht – in ihm verbirgt sich auch die Enttäuschung über ihm ungenügende Akzeptanz.

¹³⁹ Zur Besprechung vom 20. siehe: Der Tagesspiegel, 21. 11. 1947; Der Telegraf, 21. 11. 1947; Der Kurier, 21. 11. 1947; Neue Zeitung, 22. 11. 1947. Zur Sitzung vom 24. November siehe Krippendorff: a.a.O., S. 134.

¹⁴⁰ Tagebuch, 1. September 1947.

¹⁴¹ In diesen Komplex der Fremdbestätigung gehören auch Äußerungen wie: „Ich hatte das Gefühl, als ob die Franzosen mit stärkster Aufmerksamkeit meinen Ausführungen folgten“ (Tagebuch, 25. Juli 1947).

¹⁴² Tagebuch, 17. März 1947.

¹⁴³ Ebenda, 1. April 1947.

Die Eigenheiten des Manuskriptes führen dazu, daß sein Quellenwert für die Geschichte der SBZ gering ist. Es beleuchtet aber die Einstellung seines Autors, eines Mannes, der an der Entwicklung der liberaldemokratischen Bewegung im Nachkriegsdeutschland tatkräftig mitgewirkt hat und der zu einer Zeit, als die deutsche Frage noch offen war, entschieden, wenn auch nicht vorbehaltlos, auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gesetzt hatte. Mit seiner Person verbindet sich das Schicksal der LDP, er verkörpert paradigmatisch das Scheitern der demokratischen Kräfte an der kommunistischen Machtpolitik im Zusammenspiel von Besatzungsmacht und SED.

Im vorliegenden Text der Külzschen Tagebuchaufzeichnungen sind die – wenigen – orthographischen Versehen und fehlerhaften Namensschreibungen (besonders bei russischen Namen) des Manuskriptes stillschweigend korrigiert worden.

Zur Ergänzung der Ausführungen von Külz wurden einige Dokumente beigegeben. Seine Reden auf den Parteitag in Erfurt (1946) und Eisenach (1947), die den vom Parteivorstand herausgegebenen Publikationen der Protokolle entnommen sind, sollen ebenso wie der Artikel aus dem „Spiegel“ dazu dienen, Külz' politische Ansichten, sein Problembewußtsein und die Veränderungen sichtbar zu machen, die sie in der politischen Praxis erfuhren, da sie im „Tagebuch“, das nach der erklärten Absicht seines Autors privaten Charakter trägt, weniger klar zum Ausdruck kommen. Theodor Heuss' Schreiben an Külz vom 19. Dezember 1947 schließlich zeigt die tiefgreifenden Unterschiede im Demokratieverständnis der beiden Brieffartner auf, es wurde dankenswerterweise vom Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach, zur Verfügung gestellt, dessen Leiterin, Frau Dr. Monika Faßbender die Bearbeiterin für ihre Unterstützung danken darf.

Meinem Mann, Gert Robel, der diese Zeit als Handelnder und Betroffener erlebte, gilt mein großer Dank für seine Hilfe.

Hergard Robel